

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

### **1) Grundstücksankauf Kirchnerkaserne durch die Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH**

GR.<sup>in</sup> **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In wenigen Monaten soll die Kirchnerkaserne im Bezirk Jakomini aufgelöst werden. Es ist zu erwarten, dass der Bund das Areal nach der Schließung der Kaserne zum Verkauf freigeben wird, wir haben dies ja schon erlebt mit der Hummelkaserne und auch mit dem Fliegerhorst Nittner in Kalsdorf. Auf dem Areal der ehemaligen Hummelkaserne, dort hat die Stadt reagiert und es können dort derzeit rund 80 Gemeindewohnungen errichtet werden. Ein neues PflEGEwohnheim der Stadt Graz wurde dort erst kürzlich eröffnet.

Die Kirchnerkaserne liegt in einem gut erschlossenen Gebiet und ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Mit dem Erwerb dieses Grundstückes hätte die Stadt Graz die Chance, dort Projekte zu verwirklichen, die im Interesse einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung liegen.

Deshalb sollten seitens der zuständigen Stellen der Stadt Graz alle Anstrengungen unternommen werden, um dieses Grundstück ebenfalls erwerben zu können.

Für die künftige Nutzung kämen vor allem Grünraum, Angebote für Sport und Kultur, Gartenprojekte, Raumangebote für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber auch Gemeindewohnungen in Frage. Die Nutzung des Areals sollte auf jeden Fall gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung festgelegt werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

In Abstimmung mit dem zuständigen Liegenschaftsreferenten wird die Abteilung für Immobilien aufgefordert, mit den zuständigen Stellen beim Bund Gespräche aufzunehmen, um erstmals abzuklären, ob das Areal der Kirchnerkaserne nach seiner Schließung zum Verkauf steht. Wenn ja, sollen Informationen über Zeitpunkt und Bedingungen des beabsichtigten Verkaufs eingeholt werden, damit die Stadt Graz möglichst bald mit Verhandlungen über den Ankauf des Grundstückes der ehemaligen Kirchnerkaserne aktiv werden kann. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Hofer** zur Dringlichkeit: Werte Kollegen, werte Klubobfrau! Im Antrag sind schon einige Punkte gefallen, die im Endeffekt auch schon behandelt werden. Und zwar ist die Abteilung für Immobilien bereits nach Bekanntwerden der Heeresreform in Kontakt getreten und hat herausgefunden, dass im Jahre 2016 die Kirchnerkaserne frühestens zum Verkauf stehen wird. Da geht es um eine Gesamtfläche von 57.000 m<sup>2</sup> und es wurde auch bereits vereinbart, dass die entsprechenden Verkaufskriterien sofort nach Vorliegen auch der Stadt Graz mitgeteilt werden. Des Weiteren wurde bereits auch schon seitens des Ressorts Sport beziehungsweise auch der Abteilung für Immobilien über einen Teil der Kirchnerkaserne, und zwar zirka 10.000 m<sup>2</sup> Freifläche, also für eine temporäre Anmietung eines Sportplatzes wurde bereits Kontakt aufgenommen. Hier wurde auch bereits zugesichert, dass, sobald es da im Endeffekt zu weiteren Details kommt, dass der Kontakt weiter aufgenommen wird und darüber gesprochen wird. Hier sollte dann im Endeffekt auch, wie es im Antrag steht, vor allem für den Sport etwas getan werden, dass man dort einen Sportplatz anmieten kann und den bereits bestehenden Fußballplatz dort auch verwenden könnte. Seit 25.7. gibt es ein Antwortschreiben des Bundesheeres, das die Verhandlungen mit der Stadt Graz bereits begrüßt und im Endeffekt wird in weiterer Folge, sobald es hier genauere Details geben wird, auch Kontakt aufgenommen. Das heißt, im Endeffekt ist

es bereits im Laufen, ist aber natürlich eine Sache, die wir begrüßen und dem Antrag auch zustimmen werden (*Applaus ÖVP*).

**GR. Dreisiebner:** Ich danke dir, liebe Ina Bergmann, für diesen Antrag. Wir halten den für sehr wichtig und für dringlich und ich danke auch dem Kollegen Hofer für die weiteren erläuternden Ausführungen. Wir sind ja zurzeit in einer STEK- und Fläwi-Änderung-Auflage, die den Bezirk Jakomini insbesondere an drei ganz gewichtigen Punkten betrifft. Unter anderem auch im Bereich Hüttenbrennergasse, wo jetzt ein Sportplatz ist und ein freier Bereich ist, wo eine Ballsporthalle errichtet werden soll, die natürlich auch notwendig ist. Das liegt sehr nahe an diese Hüttenbrennergasse. Der Bezirk Jakomini ist bekanntermaßen einer der Bezirke, der das höchste Freiflächendefizit oder mit dem höchsten Freiflächendefizit da ist und es gibt eine ganz, ganz rege Bautätigkeit. Was jetzt verbaut wird, wird für immer verlorengehen. Insofern voll d'accord, für uns wäre besonders wichtig im Bereich der Kaserne, wann auch immer sie uns zur Verfügung stehen wird, entlang dem, was Kollegin Bergmann beantragt, aber mit dem Zusatz, den ich jetzt zur Verlesung bringen möchte, zu sichern und zwar eben für die Erfordernisse von Sport, Spiel, Freizeit und Grünraum. Mein Zusatzantrag zum Grundstücksankauf Kirchnerkaserne: Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Bereich der zu erwerbenden Kasernenflächen im Ausmaß von zumindest 30 Prozent der Gesamtfläche keine Bebauung stattfinden soll. Stattdessen soll dieses ungefähre Drittel der Gesamtfläche ausschließlich als Freifläche der Bezirksbevölkerung zur Verfügung gestellt werden – das heißt als Parkanlage, als Fläche für Urban Gardening sowie als Sportfläche und als Spielplatz. Diese zukünftige Nutzung möge auch über die Raumordnungswerkzeuge - Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplan – ehestmöglich abgesichert werden, das heißt im Sinne der vorgesehen Sondernutzungen öffentlicher Park, Sportplatz usw. Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte vielleicht nur zu diesem Punkt auch sagen, dass selbstverständlich der Baudirektor, aber auch unser Stadtplanungsamt im Bereich des Fläwi-Planes dafür sorgen werden, dass gerade der benachteiligte Bezirk Jakomini dort nicht zu einer Totalverbauung kommen wird. Aber das weiß der Herr Dreisiebner...

***Zwischenruf GR. Dreisiebner: Aus unserer Sicht nicht ausreichend.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie gesagt, ich denke, dass wir da uns auch im Zuge der Fläwi-Plan-Diskussion da sowieso treffen werden. Ich möchte es nur anmerken, dass uns das wichtig ist. Wir sind im Gespräch, ich kann nur sagen, im Moment wird die Kaserne noch militärisch genutzt. Ich habe erst diese Woche auch ein Gespräch geführt mit dem Land, die wiederum mit dem Herrn Bundesminister Klug, es ist im Moment noch eine Nutzung da und, wie gesagt, frühestens mit dem Verkauf im Jahr 2016 zu rechnen.

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Also ich wünschte mir, dass so oft dringliche Anträge angenommen werden, die schon so weit fortgeschritten sind. Ich bedanke mich bei der Abteilung für Immobilien und auch natürlich bei den zuständigen Referenten, dass hier bereits schnell gehandelt wurde und dass es hier schon zu Verhandlungen gekommen ist

oder dass es auch zu Verhandlungen, die zum Erfolg führen, kommen wird. Ja dann kann ich mich noch bedanken und ich hoffe, dass wir hier an dieser Stelle der Kirchnerkaserne ebenfalls tolle Projekte eröffnen werden können. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

***Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und SPÖ) abgelehnt.***

## **2) Einführung einer Vermögenssteuer**

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Ich darf mit einem Zitat beginnen: „Amen, das sage ich euch, ein Reicher wird nur schwer ins Himmelreich kommen, nochmals sage ich euch, eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“. Das Zitat, ist manchen bekannt, ist bekanntlich nicht von Karl Marx, es ist auch nicht von Rosa Luxemburg oder Fidel Castro, sondern von Jesus Christus, aber so radikal wie die Bibel wollen wir das mit unserem Antrag heute gar nicht anlegen, sondern es geht darum, dass es einen längst fälligen Beitrag der Vermögenden in Österreich gibt. Ich habe hier zwei Zeitungsartikel mit aus der gestrigen Kleinen Zeitung, aus dem gestrigen Standard „Privatvermögen in Österreich weltweit so hoch wie noch nie“.

Eine Studie der Johannes-Kepler-Uni vom Jahr 2013 hat nachgewiesen, dass das reichste eine Prozent der österreichischen Bevölkerung ganze 469 Milliarden Euro besitzt. Mit dieser Tatsache schaut es so aus, dass das reichste eine Prozent der Bevölkerung 37 % des gesamten Reichtums in Österreich besitzt, während die 90 %ige Bevölkerungsmehrheit gerade einmal 32 % besitzt. Und dazu kommt die Tatsache, dass aber die Vermögen in Wahrheit heute so groß sind, wie noch nie zuvor gewesen sind, der Reichtum ist so groß wie nie zuvor, wir haben nur das Problem, wir haben eine unglaublich ungleiche Verteilung dieses Reichtums. Und insofern stellt sich aus unserer Sicht immer mehr die Frage drängend, können wir uns diese derartige Konzentration von Reichtum in unserer Gesellschaft noch leisten? Und das Problem ist nicht, dass es eine gewaltige Schieflage bei der Verteilung des Vermögens gibt, sondern auch bei der Steuerlast und wer sie zu tragen hat. Wir haben in Österreich die Tatsache, dass Arbeit sehr, sehr hoch besteuert ist, während Vermögen so gut wie gar nicht besteuert ist. Selbst die OECD kommt dazu, dass gerade einmal 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes beziehungsweise 1,3 % des gesamten Steueraufkommens aus Vermögenssteuern kommen. Österreich ist damit im weltweiten Vergleich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP-Fraktion, ich glaube, es würde euch auch anstehen, sich das ein bisschen durch den Kopf gehen zu lassen, und ich darf hier verweisen auf ein Land, das einen wesentlich höheren Anteil an Vermögenden am Steueraufkommen hat und das sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die auf 12,1 % kommen, im Vergleich zu Österreich, wo wir auf 1,2 % sind. Ich glaube, wir sind auch einig, dass die USA nicht unbedingt ein kommunistisches Musterland sind. Und dass der eine Punkt bei dieser ungleichen Verteilung des Vermögens ist die Tatsache, dass die Menschen das täglich spüren, aber auch, dass die öffentlichen Haushalte das zu spüren bekommen, dass notwendige Investitionen im Interesse der Bevölkerung vielfach nicht mehr möglich sind. Da kann eben eine Vermögenssteuer Abhilfe schaffen. Eben diese Studie der Johannes-Kepler-Universität Linz kommt zu dem Ergebnis, dass bei einem Besitz ab einer Million Euro 6,9 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen möglich wären. Und wenn ich

davon spreche, Steuern ab einer Million Euro, dann fällt auch dieses klassische Argument weg, das würde den Mittelstand treffen, weil ich gehe einmal davon aus, dass das nicht der Mittelstand ist, den die ÖVP im Auge hat. Und damit ich nicht nur die Bibel zitiere, sondern auch den Bert Brecht ins Spiel bringen kann: Reicher Mann und armer Mann stand da und sahen sich an. Und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“. Wenn wir von Reichtum sprechen, müssen wir auch von Armut in diesem Land sprechen und auf die Tatsache hinweisen, dass mehr als eine Million Österreicherinnen und Österreicher akut arm oder armutsgefährdet sind. Unter ihnen 130.000 Kinder und Jugendliche und Armut in Österreich bedeutet, dass im siebentreichsten Land der gesamten Welt hunderttausende Menschen finanzielle Not leiden, dass sie kaum Möglichkeit haben, sich neue Kleider zu leisten und wir haben die Tatsache, dass in Österreich schon im letzten Jahr 313.000 Menschen ihre Wohnung im Winter nicht warm halten haben können und für den heurigen Winter ist auch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit zu erwarten, dass es zu einem neuen Negativrekord bei der Energiearmut kommen wird. Und aus all diesen Tatsachen sagen wir, es gehört endlich umgesteuert, es gehört endlich der Weg freigemacht, dass auch die Vermögenden sich entsprechend zu beteiligen haben an den öffentlichen Finanzen und ich darf daher seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag**

stellen: Die Stadt Graz fordert den Bundesregierung auf:

- 1) Prüfung oben genannte Modelle einer Vermögenssteuer und Einführung einer gestaffelten Vermögenssteuer auf hohe Privatvermögen ab einer Million Euro netto.

- 2) Rasche Umsetzung einer Steuerreform mit einer spürbaren Lohnsteuersenkung, gegenfinanziert aus den Einnahmen einer Vermögenssteuer.
- 3) Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer mit einem hohen Freibetrag, der sicherstellt, dass im Laufe eines ArbeitnehmerInnen-Lebens Ersparnis steuerfrei weitervererbt werden kann.
- 4) Verstärkter Einsatz auf EU-Ebene zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ungeachtet der inhaltlichen Diskussion, die wahrscheinlich erfolgen wird, erlaube ich mir als Obmann der christdemokratischen Fraktion darauf hinzuweisen, dass diese von Ihnen zitierte Bibelstelle mit dem Kamel und dem Nadelöhr, soweit ich das jetzt auswendig noch weiß, dass eigentlich Jerusalem oder andere große Städte zugesperrt wurden und dass man am Abend nur mehr durch eine kleine Öffnung durch ein Nadelöhr in die Stadt hineinkann. Man durfte quasi mit Reitern oder mit Kamelen eben nicht mehr hinein. Und vielleicht war damals schon die Diskussion vorweggenommen in der Bibel, weil die Diskussion gehört eigentlich nicht in die Stadt, sondern die muss außerhalb von der Stadt geführt werden, das wollte ich jetzt vielleicht nur anmerken (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt** zur Dringlichkeit: Liebe KollegInnen, nachdem es nicht das erste Mal ist, dass ein ähnliches Thema kommt, melde ich mich gleich zur Dringlichkeit. Ich kann mir vorstellen, dass es einige nicht als dringlich erachten, was sicher ein schwerer Fehler ist, der Herr Bürgermeister hat schon Recht, es gehört woanders

beschlossen und von dem her stellen wir normal solche Anträge hier auch nicht. Aber auf der Inhaltsebene kann ich mich dem zu 99 % anschließen, das Zitat von Brecht mit reichem Mann und armer Mann zielt da einige Arbeiten, die ich dazu geschrieben habe. Das stimmt im Großen und Ganzen, es ist nur insofern noch ein bisschen schlimmer, weil die Daten, die der Kollege genannt hat, die haben wir nicht einmal, das sind gute Schätzungen, die besten die es gibt, aber es ist in Österreich, man darf es ja gar nicht wissen, was die Leute haben, da fängt es ja schon an. Geschweige denn, darüber noch reden, ob es nicht eine soziale Verpflichtung ihres Eigentums geben könnte und so weiter und sofort. Also im Prinzip muss man da hinschauen, volle Unterstützung natürlich auf beide Seiten, wir brauchen diese Einnahmen für öffentliche Körperschaften, der Bürgermeister weiß das, wo das Geld fehlt, aber nein, da will wohl niemand hingreifen. Aber da nehme ich etwas vorweg, könnte ja sein, dass es auch anders ist, würde mich nicht wundern.

Ganz konkret noch zur Ausgestaltung zum Antragstext selber. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das mit der einen Million ganz glücklich ist. In unserem Parteiprogramm steht 500.000 drinnen, wo man schon hingreifen könnte, er hat selber richtig gesagt, es ist im Antrag drinnen, wenn man nur die obersten fünf Prozent angreifen soll, ich weiß es nicht, ich glaube die obersten zehn Prozent könnten sogar was beitragen, dann kommen wir mit dem noch ein bisschen runter, dann wird es noch ergiebiger. Also ich glaube, da kann man schon auch noch mutiger sein, aber sei es drum, es wäre auch sehr gut, wenn das kommt. Eines finde ich von der Formulierung her nicht ganz ok, dass im Laufe eines ArbeitnehmerInnenlebens Ersparnis steuerfrei weitervererbt werden kann. Das ist ein bisschen eine sehr schwammige Formulierung, auch der Generaldirektor der Bank ist Arbeitnehmer rein formal und ich glaube, das kann nicht gemeint sein, ich weiß schon, was ihr meint, da könnte man konkreter und ehrlicher werden aber auch das ist es und ich glaube, dass die Erbschaftssteuer noch wichtiger ist, es gibt viele Parteien, die haben, glaube ich, irgendwas mit Chancengleichheit am Hut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Erbschaftssteuer einzuführen erhöht die Chancengleichheit ganz ungemein. Ich

glaube, das ist ganz was Wichtiges, eine gescheite Erbschaftssteuer und ein gutes Bildungssystem, das ist Chancengleichheit, alles andere wird es nicht wirklich werden und wer ehrlich ist, müsste da Farbe bekennen, aber ich zweifle daran. Viel Glück bei der Abstimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich will jetzt nicht versuchen, in der Bibelfestigkeit mit dem Herrn Bürgermeister und Herrn Gemeinderat Krotzer mitzuhalten. Bin zwar bekennender Katholik, aber das schaffe ich da nicht, muss ich sagen. Inhaltlich kann ich für unsere Fraktion nur sagen, dass der Kollege Krotzer jetzt, was die Sachlage betrifft, glaube ich, das Ganze voll auf den Punkt gebracht hat. Eine Entlastung der Lohnsteuerpflichtigen, und da ganz besonders der niedrigen und der mittleren Einkommen, glaube ich, ist das Gebot der Stunde und es kommt ja nicht von ungefähr, dass jetzt sowohl die Gewerkschaft als auch die Arbeiterkammer schon seit Jahren mit großer Vehemenz dafür eintreten und ich habe selber jetzt in den letzten Monaten mehr aus tausend Unterschriften dafür gesammelt, dass diese Lohnsteuersenkung endlich vonstattengeht und es ist ein Modell vorgelegt worden, das eine Gesamtentlastung von rund sechs Milliarden Euro vorsieht und ich denke, dass es höchst an der Zeit ist, weil wenn man sich die Netto-Reallohn-Entwicklung anschaut, und ich habe mir die letzten 20 Jahre angeschaut, da muss man schon mit aller Deutlichkeit sagen, eine Netto-Reallohn-Entwicklung hat es per se nicht gegeben. Im Gegenteil, die letzten Jahre gibt es einen Netto-Reallohn-Verlust und ich glaube, das ist nicht mehr tragbar in diesem Ausmaß. Und wenn es um die Gegenfinanzierungsvorschläge geht, dann muss man auch sagen, wie es der Kollege Krotzer richtig anspricht, da kommt man um eine Vermögenssteuer nicht herum und ich will da nicht über die Grenzen streiten oder diskutieren, ich finde die eine Million sehr griffig und damit kann ich auch jedes Argument, das da immer kommt, der

Mittelstand würde belastet werden, vom Tisch wischen, weil zeigt mir einen, der im Mittelstand ist sozusagen und der eine Million hat. Ich habe auch ein schönes Haus, aber bis mein Haus eine Million wert ist, da müssen die Grundstückswerte in Graz die nächsten 200 Jahre noch ordentlich steigen, bis es soweit ist und dann ist das Haus wieder weniger wert. Also ich glaube, diese Diskussion können wir sehr rasch vom Tisch wischen. Eines ist für unsere Fraktion aber auch klar, dass es bei der Gegenfinanzierung einen vernünftigen Mix geben muss, das hat das Papier von ÖGB und AK auch sehr deutlich angeschnitten. Die Vermögenssteuer ist sicher ein zentrales Element, bei dieser Gegenfinanzierung der Kaufkraftzuwachs wird ein klares Argument sein, weil die, die schon sehr viel haben, können es eh nimmer ausgeben, also geben wir es lieber jenen, die noch eines brauchen, die werden es auch wieder in Umlauf bringen und damit kommen auch wieder andere Steuern herein. Und es wird auch im Bereich der Verwaltungsreform den einen oder anderen Ansatz geben müssen, um da auch gewisse Beträge hineinzubekommen. Ich glaube, ein vernünftiger Mix, dann werden wir da auf einen guten Weg kommen. Eines ist für uns aber auch klar, wir wollen die Lohnsteuerreform lieber heute als morgen und wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, dass es ständig Ausreden gibt, warum es heuer nicht geht, vielleicht nächstes Jahr oder übernächstes Jahr, das ist eine Verzögerungstaktik, die wir sicher nicht mittragen von unserer Fraktion aus und wir werden dem Antrag vom Kollegen Krotzer vollinhaltlich zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Wir von der freiheitlichen Partei wir können mit neuen Vermögenssteuern grundsätzlich nichts anfangen, weil versteuertes Vermögen nicht noch einmal versteuert werden kann aus unserer Sicht, ganz einfach. Neugierig bin ich schon, gut bei Rot und Dunkelrot ist es oder war es zu erwarten, das entspricht ihrer Ideologie, neugierig bin auf die ÖVP. Bei der

Nahverkehrsabgabe war nicht einmal ein Aufschrei, im Gegenteil, die wird sogar gefordert, also wirtschaftsfeindlich. Jetzt bei der Vermögenssteuer bin ich schon gespannt, die Bibelseite haben wir schon kennengelernt jetzt, die reale Finanz- oder steuerliche Seite, ich denke, da wird noch was kommen oder, wie so oft, nichts, ich weiß nicht. Also wir können dem Ganzen nicht zustimmen. Sehr wohl möchten wir schon sagen, dass wir für eine Lohnsteuersenkung selbstverständlich sind, aber nicht mit einer Gegenfinanzierung neuer Vermögenssteuern, sondern mit einem Bürokratieabbau, mit einer Verwaltungsreform, also wir haben da andere Mittel und Wege, wie wir mehr Kaufkraft ins Land bringen und diesem Antrag können wir also nicht einmal im Entferntesten zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Krotzer, der Ministrant Topf hat mir gesagt, es ist Matthäus 19/24, das erste Zitat. Ziemlich alt die Bibel, eine ähnliche, fast so alt ist die Idee mit der Vermögenssteuer. Sie werden alle wissen, in Frankreich gibt es die noch, in Frankreich, im EU-Raum, da gibt es eine Vermögenssteuer. Ganz interessant, die Betriebe sind gegangen, die Arbeitslosen sind geblieben. Was mir da einfällt ist, ein Zitat habe ich gefunden, „zu glauben, dass man Budgetdefizite oder Steuerreformen mit Reichensteuern allein bewältigen kann, das geht sich nicht aus“, gezeichnet Alfred Gusenbauer. Ganz lustig auch ein Zitat, das ich auch gefunden habe, ich sage Ihnen dann gleich, von wem es ist: „Steuerpolitisch würde ich das nicht machen, die Idee, die Reichen sollen zahlen, darauf würde ich verzichten. Das hat sich noch nie gerechnet, die wirklich Reichen gehen weg und die, die dableiben, die sind nicht reich“, hat Franz Vranitzky gesagt. Also ich würde einmal Folgendes sagen: Österreich hat und das hat auch der Finanzminister unlängst in Graz ganz, ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, kein Einnahmenproblem, Österreich hat ein Ausgabenproblem. Was wir brauchen, sind Strukturreformen, was wir brauchen, sind keine neuen Steuern und Abgaben und schon gar nicht auf Vermögen, diese

Ziffern sind interessant, aber es gibt, ich habe das extra mit herausgenommen, es gibt ungefähr 10, 20 Untersuchungen, die ganz was anderes sagen. Die sagen nämlich, eine echte Vermögenssteuer kommt an den Betrieben nicht vorbei, die muss breit ausgerollt sein und jetzt gebe ich Ihnen ein Beispiel. Eine Tischlerei mit acht Mitarbeitern, Maschinen, Anlagen 800.000 wert, Fuhrpark fünf Autos 200.000, Gebäude, Grund 600.000, Spareinlagen, sonstiges Vermögen 500.000, kommen wir auf zwei Millionen. Ein kleiner Betrieb mit acht Mitarbeitern vermögenssteuerpflichtig. Das Gleiche, der klassische Bauer in Österreich: 29 Hektar landwirtschaftliche Fläche, 13 Hektar Wald, Einheitswert 38.500 Euro, Gesamtwert inklusive Wohnhaus 1,5 Millionen Euro. Das sind die, nämlich der Mittelstand, der eigentlich der Wohlstandstreiber in Österreich ist. Der investiert, wo Konsum stattfindet, der wäre von dieser Freibetragsgrenze von einer Million massivst betroffen. Ich halte nichts von einer Neidsteuer in Robin-Hood-Populismus-Manier, das bringt nichts. Der Finanzminister hat angekündigt, es wird eine Steuerreform geben, Strukturreformen werden zunächst notwendig sein, es wird bis März politisch verhandelt und es soll bis Juli 2015 auch umgesetzt werden. Eine Herabsetzung des Eingangssteuersatzes ist anzustreben, eine Entlastung des von mir zitierten Mittelstandes, der von solchen Vermögenssteuern umfasst sein müsste, anders geht es nicht. Hannes Androsch hat gesagt, sie muss immer die kleinen Leute treffen so eine Vermögenssteuer, weil sonst kein Ertrag für den Staat herauschaut. Ich habe schon so viele Sozialdemokraten zitiert, aber das sind einfach Aussagen zum Retromodell, das Lacina ja letztlich 1994 abgeschafft hat und 2008 hat er bekräftigt, dass eine Wiedereinführung nicht zielführend ist. Also wir sind, wie Sie sich erwarten konnten natürlich gegen die Dringlichkeit und auch inhaltlich gegen den Antrag  
(Applaus ÖVP)

GR. **Krotzer:** Ich fürchte, danach kommen wir nicht mehr zum Weiterdiskutieren, auch wenn mir der Bibeldisput mit dem Herrn Bürgermeister durchaus gefällt. Ja, ein paar Sachen dazu. Kollege Frölich, ja wir haben ein Ausgabenproblem und ich möchte da vor allem zwei Dinge nennen. Erstens die Hypo-Alpe-Adria und die Eurofighter, das waren zwei sehr, sehr große Ausgaben, die den österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sehr viel gekostet haben.

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es wäre schön, wenn es nur die zwei Sachen wären.*

GR. **Krotzer:** Dann möchte ich schon noch einmal darauf hinweisen, was in diesem Modell der Oberösterreichischen Arbeiterkammer genannt ist auch an Steuersätzen, weil da wird immer so getan, als würde dann gleich die Zwangskollektivierung zuschlagen. Da geht es um einen Beitrag von 0,3 % beziehungsweise 0,7 % in diesen Modellen und ich glaube, dass ab einem bestimmten Vermögen das auch möglich ist und leistbar ist für jemanden und deswegen niemand in den Konkurs gehen muss. Das dazu und auch zur FPÖ noch. Ich finde es ein bisschen schwach herausgewunden, erstens da könnte man euch einen Taschenrechner schenken, da könnt ihr euch das mit der Steuerreform und der Staatsreform anschauen und ausrechnen, was da herauskommen wird. Aber auf eines möchte schon noch eingehen und zwar der Kollege Sippel, er hat ja schon heute sehr stark den Begriff der Fleißigen und Anständigen und Leistungsträger sich sehr stark auf den bezogen, da möchte ich schon darauf hinweisen, dass eben dieses oberste eine Prozent, das eben 469 Milliarden Euro besitzt, dass die ein Drittel ihres jährlichen Einkommens eben aus Dividenden oder aus Zinsen beziehen beziehungsweise Mieteinnahmen und dass das

eben genau, also erstens weitgehend leistungsloses Einkommen ist und dass das zweitens auch die gering besteuerten Einkünfte sind und daraufhin möchte ich schon auch hingewiesen haben. An der Stelle noch einmal der Hinweis an die ÖVP, sich vielleicht zu überlegen, dass österreichische Volkspartei auch das Volk meinen sollte und nicht nur die obersten wenigen Prozent und vielleicht erleben wir doch noch eine Überraschung. Danke (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich muss mich noch einmal kurz zu Wort melden und zwar heute habe ich es mit dem Gemeinderat Hötzl. Er hat mich schon zum zweiten Mal mit scharfen Blick angeschaut und die Verkehrsabgabe erwähnt und was ich wohl dazu sagen werde. Also, erstens einmal, soweit ich das verfolgt habe historisch, solange ich dabei bin, teilen wir die Meinung, dass es eine Verkehrsabgabe geben soll, ich kann mich an sehr viele Modelle der FPÖ erinnern, angefangen etwa zum Beispiel von der City-Maut, City-Maut war ein Vorschlag von der FPÖ und zum Zweiten habe ich nie mehr gehört, dass sich die...

***Zwischenruf unverständlich.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Erbe ist nicht immer leicht, das weiß ich, aber es ist halt so und zum Zweiten ernst gesprochen, es gab selbstverständlich sehr, sehr viele Gemeinderatsbeschlüsse über Verkehrsabgaben, die nicht definiert wurden, aber Stichwort Verkehrsabgabe wo die FPÖ mitgegangen ist. Das Zweite, es gibt für mich eine ganz leichte Antwort darauf, ich bin als Wirtschaftsstadtrat mit Sicherheit nicht dafür, dass wir ganz schlicht und einfach eine Verkehrsabgabe einheben, sondern die Verkehrsabgabe ist aus meiner Sicht der aller-allerletzte Ausweg, wenn es nicht gelingt, dass wir Zuschüsse unter anderem vom Land bekommen. Und jetzt wissen wir beide, wer im Land für den Verkehr zuständig ist und es wäre durchaus auch eure Aufgabe...

***Zwischenruf FPÖ: Das ist billig.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist nicht billig, sondern das sind einfach Tatsachen. Ich möchte das jedenfalls für mich völlig klar festhalten. Der Grund, wieso wir hier nach einer eigenen Abgabe für die Stadt Graz überhaupt diskutieren, ist deshalb, weil wir im Ausbau unserer Nahverkehrszüge, Straßenbahnen usw. vom Land in Stich gelassen werden. Das Land macht sehr viel im Bereich des Regionalverkehrs, aber wenn wir etwa nach Tirol oder nach Oberösterreich schauen, dort werden die städtischen Straßenbahninvestitionen vom Land unterstützt. Also, lieber Herr Gemeinderat Hötzl, bitte setze dich ein bei deinem Landesrat und ich werde das Wort Verkehrsabgabe nie mehr in den Mund nehmen (*Applaus ÖVP*).

***Bürgermeisterstellvertreterin Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Schröck übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Hötzl** zur Geschäftsordnung: Ja, Herr Vorsitzender, du forderst mich heute auch ein bisschen heraus. Zur Geschäftsordnung Folgendes: Wir können da jetzt nicht über Länderthemen sprechen, die noch dazu an den Haaren herbeigezogen sind, weil ihr könnt jetzt in einem Privatissimum gerne mit dem Mario Eustacchio einmal besprechen, wer hier in Stich gelassen wird, wo das Geld ist. Nur ganz kurz noch, in einer Pressekonferenz hat Bürgermeister Nagl diese Nahverkehrsabgabe gefordert, zwei Euro pro Woche.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Das ist keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, ich entziehe das Wort.

GR. **Hötzl**: Wirtschaftsschädigender geht es ja wohl nicht. Wirtschaftsbund sagt kein Wort.

### **3) Kriterien der Auftragsvergaben durch das Haus Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit meinem dringlichen Antrag heute auf ein eigenes Thema der Stadt Graz hinweisen und unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten näher beleuchten beziehungsweise thematisieren. Die Stadt Graz hat ein hohes Investitionsvolumen, wir wissen, das könnte natürlich höher sein, aber es sind jetzt einmal rund 500 Millionen Euro in dieser Gemeinderatsperiode, die in der AOG für Investitionen zur Verfügung stehen. Damit wird gebaut, damit wird etwas geschaffen, es werden Werte für die Grazer Bevölkerung geschaffen, aber es werden damit gleichzeitig auch wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitische Impulse gesetzt. Der beschäftigungspolitische Impuls ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil die Arbeitslosenzahlen im letzten Jahr einen merklichen Anstieg erhalten haben und das sollte uns schon zu denken geben. Es ist ein Anstieg gegenüber dem letzten Jahr um 11 % und das heißt, dass mit August 2014 16.269 Personen als arbeitslos gemeldet waren. Ich möchte auf diese Auftragsvergaben hinweisen, wir wissen ja, dass Auftragsvergaben sehr komplex sind, dass die Auftragsvergaben einem hohen rechtlichen Rahmen unterliegen, es gibt Gesetze, Verordnungen, Weisungen von Ministerien, es gibt Ministerratsbeschlüsse, aber es gibt darüber hinaus noch etwas, die Politik kann sich etwas wünschen, wie ein Auftrag vergeben wird beziehungsweise wie er gestaltet wird. Wir können uns wünschen, ob ökologische, soziale oder regionale Kriterien darin berücksichtigt werden. Das Bundesvergabegesetz sieht dabei explizit vor, dass man Berücksichtigung in der Vergabe festlegen kann, wie sieht es mit der Frauenbeschäftigung aus, wie sieht es mit Personen im Ausbildungsverhältnis aus. Werden beispielsweise auch langzeitarbeitslose Personen versucht zu integrieren, wie sieht es mit der Beschäftigung von Behinderten und älteren ArbeitnehmerInnen aus. Das Bundesvergabegesetz kennt auch regionalfreundliche Berücksichtigung, zum Beispiel die Reaktionszeit oder die Schwellenwertverordnung, damit wird in der Ausschreibung dafür gesorgt, dass regionale Betriebe in ihren Chancen nicht schlechter gestellt werden. Diese Kriterien haben einige Länder, einige Kommunen

schon aufgenommen und haben beispielsweise einen Fairnesskatalog für die Vergabe gestaltet und ich möchte hier erwähnen den Fairnesskatalog vom Land Salzburg. Somit werden bei relativ hohen Auftragswerten regionalfreundliche Vergaben durchgeführt, auch eine Teilung eines Beschaffungsvorhabens in einige regionale Lose oder Fachgewerke, Fachlose, unterstützt den regionalen Aspekt. Wie regionale Vergabe wirkt, hat eindrucksvoll eine Studie oder Untersuchung der KMU Forschung Austria für das Land Niederösterreich gezeigt. Ein Auftragsvolumen der öffentlichen Hand in der Höhe von einer Million Euro bringt demnach für die betroffene Region zehn neue Arbeitsplätze, darunter eine Lehrstelle, Kommunalabgaben in der Höhe von 7.300 Euro, eine Erhöhung der regionalen Kaufkraft um 200.000 Euro, positive Effekte für die Umwelt und die Energiebilanz eben, die auch bei kürzeren Fahrten von der Leistungserstellung zum Erbringungsort positiv wirkt. In der Stadt Graz haben wir uns, wie Auftragsvergaben gestaltet sind, schon etwas beschäftigt. Damals, als der Vergabenausschuss, und das ist keine Versprechung, sondern er hieß Vergabenausschuss, haben wir als Gemeinderäte die Möglichkeit gehabt nachzufragen, nunmehr gibt es einen Präsidialerlass, wo darauf hingewiesen wird, dass ökologische, soziale Kriterien berücksichtigt werden können, dieser Erlass stammt aus dem Jahr 2013. Darauf fußt auch ein Informationsbericht halbjährlich an die Stadtregierung. Es ist jedoch die Frage aufgetaucht, wie schaut es aus, werden Kriterien berücksichtigt, was tun die Ämter, was die tun die Stellen der Stadt Graz, inwieweit wird das berücksichtigt oder wird das überhaupt berücksichtigt? Und es hat bei mir persönlich etwas Erstaunen hervorgerufen, dass im letzten Informationsbericht von 31 Aufträgen mit einem Bestellwert von über 90.000 Euro aus dem zweiten Halbjahr 2013 bei 30 von 31 Aufträgen mit einer Gesamtsumme von 6,5 Millionen Euro die Frage, inwieweit soziale und ökologische Kriterien herangezogen wurden, unbeantwortet blieb. Also lediglich bei einem einzigen Auftrag, das war bei der GGZ, war ein Ja vermerkt, aber auch nicht, welche Kriterien Berücksichtigung gefunden haben. Ich habe mich auch erkundigt, wie sieht es im Haus Graz aus, also ist jetzt nur ein Informationsbericht, der die städtischen

Abteilungen betrifft, in der Holding habe ich die Auskunft erhalten, dass es nicht Berücksichtigung findet derzeit, also es war eher großes Erstaunen. Bei der GBG hat man gesagt, ja es gibt ein Musterprojekt, wo Gleichstellung insbesondere herangezogen wird. Wir haben eigene Möglichkeiten und ich denke, dass es wichtig ist, unsere Möglichkeiten zu fokussieren und wir als politisches Gremium gemeinsam mit der Stadtregierung, dass wir unsere Handlungsmöglichkeiten auch ausloten können. Und hier gibt es eine Stelle, die wir ersuchen können, beauftragen können, nämlich den Stadtrechnungshof, auszuloten, wie können wir wo, bei welchen Stellen die bestmögliche Wirkung für die Stadt Graz erreichen, denn ausschließlich der Stadtrechnungshof kann auf das ganze Haus Graz zurückgreifen beziehungsweise Recherchen anzustellen.

Somit darf ich den Antragstext vorlesen: Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

### **dringlichen Antrag:**

Der Stadtrechnungshof möge beauftragt werden

- a) zu prüfen, inwieweit und in welchem Ausmaß bei Auftragsvergaben durch das gesamte „Haus Graz“ seit Juni 2013 soziale, ökologische und regionale Kriterien sowie die Schwellenwerteverordnung berücksichtigt wurden und wo nicht
- b) zu prüfen, ob und inwieweit es Verbesserungspotential gibt, aus den Investitionen des Hauses Graz mehr Wertschöpfung für die Region und speziell für Graz erzielen und welche Überlegungen es für kurz-, mittel- und langfristige Optimierungen hinsichtlich der stärkeren Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und regionalen Kriterien sowie der Schwellenwerteverordnung gibt und einen entsprechenden Vorschlagskatalog/ein Handbuch binnen des nächsten Halbjahres zu entwickeln und uns vorzulegen.

Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag.<sup>a</sup> **Grabe** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Susi! Danke für den Antrag. Ich kann mir, wo heute schon so viel mit Zitaten gesprochen wurde, nicht verkneifen zu sagen, steter Tropfen höhlt den Stein und vielleicht abgewandelt dein Wort in deiner Fraktion Ohr auch. Hintergrund: Seit 2011 versuche ich mit Zusatzanträgen, mit anderen Anträgen im jeweiligen Ausschuss, mit besonderen Gesprächen, mit der Recherche, was die EU-Rechtslage zu Ausschreibungen ist, in dem Punkt etwas weiterzubringen. Eine Zeit lang war Mitstreiter noch der Karl-Heinz Herper, seit er nicht mehr da ist, bin ich in diesen Gremien bislang wirklich alleine gelassen worden, umso schöner, dass du jetzt als Unterstützerin dabei bist. Dazu sei gesagt, dass es diesen Erlass überhaupt gibt, der Herr Dr. Schmalenberg sei mein Zeuge, wie oft ich lästig ihm, auch in Ausschüssen immer und immer wieder gebeten habe zu fragen, ihr auch, Zeugnislegung haben wir heute auch. Es ist enorm wichtig, dass wir als Stadt, als öffentlicher Auftrag, nicht nur, was wir vorher hatten mit den anderen Anträgen als öffentliche Dienstgeberin, sondern auch als öffentliche Auftraggeberin mit gutem Beispiel vorangehen. EU-rechtlich ist es längst möglich, wie auch du in deiner Wortmeldung ausgeführt hast, wie in diesem Erlass deutlich wird usw. Ich weiß nicht, ob die richtige Adresse jetzt der Stadtrechnungshof ist, denn der kann das natürlich jetzt nur überprüfen, die richtige Adresse sind alle Ressorts hier und alle Stadtregiererinnen und Stadtregierer, die diese Ressorts in ihrem eigenen Bereich über haben und dort den umsetzen müssen. Wie gesagt, seit 2011 versuche ich, das weiterzubringen, endlich 2013 gibt es diesen Erlass, dass es überhaupt in dem Bericht, den wir dann im Ausschuss bekommen und der in die Stadtregierung kommt, eine eigene Spalte dazu gibt, wenigstens eine eigene Spalte wo das aufgeführt wurde; war aufwändig genug und hat wirklich, damals hätte ich mir mehr Unterstützung gewünscht, also insofern ist es inhaltlich sehr, sehr in unserem Sinne, aber ich bitte wirklich, die eigene Verantwortung da auch wahrzunehmen. Erstes Beispiel, Geriatriische Gesundheitszentren als der letzte große Auftrag war für eine Auftragsvergabe von Reinigungstätigkeiten über mehrere Jahre. Der Gerhard Wohlfahrt hat in Absprache

mit mir das eben im Finanzausschuss auch eingebracht. Unterstützung SPÖ null, es ist nicht durchgesetzt worden. Das wäre damals die Möglichkeit gewesen, eine Frauenförderungsvorgabe eben für die Geriatrischen Gesundheitszentrenausschreibungen reinzubringen. Zweiter Punkt ist, heute hatten wir das kurz auch schon, die biologische Verstärkung von Bioprodukten, das betrifft jetzt nicht nur die Zentralküche, das betrifft alle, die hier in der Stadtregierung Empfänge haben, Budgets machen und sonst was, wäre sehr wohl auch schon da längst möglich, mit gutem Beispiel voranzugehen. Drittes Beispiel, auch vom Behindertenbeirat hört man immer wieder, dass die entsprechenden Unternehmen, die für die Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigung sorgen, sich sehr über mehr Aufträge seitens der Stadt freuen würden. Also sehr gerne Unterstützung für diesen Antrag, aber trotzdem der dringende Appell an die, die das eigentlich tun müssten, bevor der Stadtrechnungshof überhaupt irgendwas zu prüfen hat, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und im Sinne deines Antrages im eigenen Ressort mit gutem Beispiel voranzugehen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Gäste! Ich möchte vorausschicken, dass wir selbstverständlich von der Richtigkeit überzeugt sind, bei Vergaben nach allen Möglichkeiten, die das Gesetz vorsieht, Unternehmen aus der Region zu berücksichtigen. Am Beispiel dieses dringlichen Antrages sieht man allerdings, dass man bei etwas gründlicherer Recherche, zum Beispiel Nachfragen beim zuständigen Amt, manchmal die Dringlichkeit hinterfragen könnte. Man hätte dann möglicherweise in Erfahrung gebracht, dass der Bericht erstes Halbjahr 2014 ein anderes Bild geliefert hätte. Wir haben uns die Mühe gemacht und stellen nun fest, dass sich die, vor allem von Ihnen da jetzt vorher dargelegte, Situation gerade im Sinne Ihres Motivenberichtes sich deutlich verbessert hat. Wir sehen da keine Notwendigkeit, den Vergabeprozess zu verkomplizieren oder außertourliche

Überprüfungen anzuleiern. Wir werden daher der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Ich erinnere mich noch gut, wie ich hier im Gemeinderat die erste Periode war, hat es den Vergabeausschuss gegeben. Der Vergabeausschuss ist ja in der Zwischenzeit abgeschafft worden, aber im Nachhinein betrachtet ist das wirklich ein durchaus wichtiger Ausschuss gewesen, wenn ich mich erinnere, dass hier durchaus einige Vergaben zu Recht kritisiert wurden, zu Recht genauer hingeschaut worden ist. Natürlich hat es auch eine sehr große Anzahl an Vergaben gegeben, die natürlich jetzt nur über den Tisch gegangen sind, die in Ordnung waren. Wir glauben durchaus, dass es Sinn macht, hier auch näher hinzuschauen, wir werden aus diesem Grund auch die Dringlichkeit unterstützen und auch den Antrag. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Grundsätzlich möchte ich mich dem Herrn Kollegen Mogel anschließen, dass ich auch nicht ganz verstehe, warum die Dringlichkeit gerade gegeben ist, auch wenn man die Zahlen dann genauer anschaut. Die GBG gibt im letzten Quartal zirka 15 Millionen aus, da gehen 12 Millionen an Aufträge an Grazer Firmen, drei Millionen an steirische Firmen. Gerade unsere Beteiligungen sind sehr bemüht darum, dass Aufträge natürlich nach Möglichkeit in der Region vergeben werden, wo auch die Wertschöpfung und an die Firmen entsprechend unterstützt werden. Ein ähnliches Bild ist bei der GBG im Großen und Ganzen, auch bei den Geriatrischen Gesundheitszentren ist mir nur ein Auftrag in Erinnerung, wo eine Vergabe im größeren Bereich nach Ungarn gegangen ist, aber der Großteil bemüht sich, dass Vergaben in Graz oder zumindest in der Steiermark stattfinden. Uns allen

ist es wichtig, dass das so ist, deshalb werden wir trotzdem jetzt dem Antrag zustimmen. Man kann es sich noch einmal anschauen und auflisten lassen, wobei ich nicht das Gefühl habe, dass der Rechnungshof zuwenig zu tun hat. Aber ich denke mir, es ist sehr vieles bekannt. Ich warne nur davor, dass man glaubt, wenn man zu viele ökologisch, nachhaltig, frauenfreundlich, menschenrechtskonform etc. irgendwann wird einmal jemand sagen, ja aber mit dem Preis muss man es auch einmal hinkriegen. Also alles, was ich einfordere, muss ich auch zahlen. Auf der anderen Seite haben wir nur ein beschränktes Budget, also ich sage, es ist immer eine Gratwanderung. Zurzeit schaffen es sowohl der Magistrat als auch die Beteiligungen, also Holding, GBG etc. die Töchter, den Großteil der Vergaben in Graz und in Graz-Umgebung oder in der Steiermark zu halten. Man soll nicht mit zu hohen Voraussetzungen in Ausschreibungen hineingehen, dass das dann nicht mehr möglich ist, weil es kann nämlich durchaus passieren, dass viele Kriterien von Firmen dann kommen, die vielleicht in Wien, St. Pölten, Deutschland oder sonst wo sitzen, dann schneiden wir uns damit ins eigene Fleisch. Das Ziel von jeder Vergabe, dazu bekennen wir uns, ist, dass wir Wertschöpfung vor allem einmal in Graz schaffen, wenn Geld der Grazerinnen und Grazer ausgegeben wird. Aber ich warne nur davor, dass man da nicht über das Ziel hinausschießt, wenn man zu viele Kriterien ansetzt, weil dann kann das nämlich wieder nach hinten losgehen. Du sollst einen Spielraum haben bei der Entscheidung dann, dass es ja letztlich doch wieder die Grazer Firma wird und dann als kleinen Hinweis zur Wertschöpfung in Graz und dass man schaut, dass da Arbeit geschaffen wird. Liebe Susi Bauer es hat eine Firma gegeben in Graz, die hat eine große Druckerei, die Firma Leykam, die interessanterweise nach Slowenien ausgewandert ist und soviel ich weiß, habt ihr da ja ein bisschen was zum Mitreden gehabt. Also da hätte ich mir auch mehr Einsatz gewünscht, dass die Wertschöpfung in Graz bleibt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Daniela Grabe, ja steter Tropfen höhlt den Stein, mit mehr Tropfen geht es schneller. Jede Ausschreibung ist sicher besonders zu betrachten. Ich würde eine Ausschreibung, wer Biolebensmittel liefert, nicht gleichstellen mit Reinigungsdienstleistungen. Also hier ist es, glaube ich, notwendig, unterschiedliche Kriterien zu entwickeln. Ja, ich glaube, der Stadtrechnungshof ist die richtige Adresse, weil der Stadtrechnungshof Verfahren an sich geprüft hat, aber nicht die Kriterien der Vergabe. Und es gibt nur eine Stelle in der Stadt, im Haus Graz, die Informationen quer einsammeln kann.

Zum Kollegen Mogel, im Informationsbericht, den es gibt vom 12.12.2013, gibt es keine Angaben zu Kriterien und im Informationsbericht vom 20.3.2014 gibt es eine einzige Angabe zu den Kriterien. Also offensichtlich dürften unterschiedliche Informationen kursieren. Ich habe die Berichte aber hier vorliegen. Danke, Ina Bergmann, zwei Worte noch zu Kollegen Rajakovics. Warum ich diesen Antrag auch als dringlich erklärt habe, ist im Rahmen der Recherche entstanden. Ursprünglich bin ich davon ausgegangen, dass unterschiedliche Stellen unterschiedliche Kriterien verwenden und dass das quasi so beliebig wirken wird und dass nicht alle Stellen sich gemeinsam auf ein Kriterium konzentrieren und meine Verwunderung war, dass so wenige etwas berücksichtigen. Also zumindest angeben zu berücksichtigen, also das muss man auch noch unter diesem Aspekt sehen. Die Vergabe ist bundesweit, länderweit und quer über die Kommunen ein Thema, ich halte es für notwendig, dass auch wir uns darum kümmern. Ich bedanke mich für die angekündigte Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

#### **4) Grundsteuerreform – Ersuchen an Bürgermeister Nagl**

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich werde mir erlauben, den Antrag ziemlich textgenau vorzubringen, weil er sehr umfangreich und sehr trocken und sehr sachlich ist.

Spätestens seit dem Amtsantritt der aktuellen Bundesregierung nehmen die Diskussionen rund um eine Steuerreform kein Ende. Die Grundsteuer beziehungsweise deren Erhöhung spielt dabei im Rahmen politischer Überlegungen eine zentrale Rolle, zumal sie doch von zahlreichen politischen Vertretern als einzige echte Vermögenssteuer gesehen wird. Es überrascht daher wenig, dass vor allem jene Gruppen die Lohnarbeit entlasten und Vermögen höher besteuern wollen, also die politisch links angesiedelten Gruppen, vermehrt von einer Grundsteuerreform sprechen. Ohne nun also bundespolitische und ideologische Überlegungen voranstellen zu wollen, erscheint es als zwingend notwendig, dass sich Städte und Gemeinden zu Wort melden, wenn es um eine Reform ureigener Gemeindeeinnahmen, wie bei der Grundsteuer der Fall, geht.

Im Jahr 2012 haben die Gemeinden ohne Wien 525 Millionen Euro an Grundsteuern lukriert. Angesichts der Gesamtsumme der kommunalen Haushalte in der Höhe von ca. 17 Milliarden Euro ist das kein übertrieben großer Anteil an den Gemeindebudgets. Bislang lagen die Einnahmesteigerungen aus der Grundsteuer deutlich unter den Einnahmesteigerungen aus Ertragsanteilen oder anderen Abgaben. Dass die Gemeinden überhaupt noch steigende Grundsteuereinnahmen haben, liegt derzeit daran, dass eben die Gesamtzahl der grundsteuerpflichtigen Liegenschaften steigt. Neben der Kommunalsteuer ist eben die Grundsteuer die einzig relevante ausschließliche Gemeindeabgabe. Hier trifft der Grundsatz der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung voll zu. Es ist nicht vorstellbar, dass die

Gemeinde die Grundsteuer einhebt und dann der Bund den Ertrag erhält. Unsererseits wird nicht bestritten, dass eine Reform der Grundsteuer notwendig ist, haben doch indirekt die Höchstgerichte den Bundesgesetzgeber wiederholt aufgefordert, die Grundsteuer zu reformieren, sind doch die Einheitswerte zuletzt in den 70er-Jahren berechnet worden. Es erscheint relativ logisch, dass die Finanzämter, die zum Bund gehören, keine Energie in diese Aufgabe stecken möchten, stellt doch die Grundsteuer eine Gemeindesteuer und somit eine der wenigen Abgaben, die noch auf dem Einheitswert beruht, dar. Früher gab es noch eine Vermögenssteuer, eine Erbschaftssteuer und eine Schenkungssteuer, zu deren Bemessung der Einheitswert herangezogen wurde, weshalb dieser auch von den Finanzämtern zumindest in größeren zeitlichen Abständen neu berechnet wurde. Es verwundert daher wenig, wenn im Zusammenhang mit einer Grundsteuerreform und einer Neuberechnung der Einheitswerte in diversen Arbeitsgruppen der zuständigen Ministerien prompt davon gesprochen wird, dass die Einnahmen aus der Grundsteuer künftig an den Bund abzuführen sind und dann im Finanzausgleich gegengerechnet werden sollen. Gerne wird auf bundespolitischer Ebene damit kokettiert, dass erhöhte Einnahmen aus der Grundsteuer auch Teil einer Gegenfinanzierung für eine Steuerreform auf Bundesebene sein könnten. Diesem Vorschlag fehlt einerseits das Volumen, und andererseits durchbricht er den Grundsatz einer echten Gemeindesteuer. Die Grundsteuer kann auch nicht in beliebige Höhe steigen, trifft sie doch auch den privaten Häuslbauer und Grundstücksbesitzer. Eine moderate und der Wertentwicklung angepasste Erhöhung der Grundsteuer allerdings erscheint zweckmäßig und würde den Gemeinden und Städten erheblich nützen, während eine Weitergabe an den Bund zum Zwecke der Gegenfinanzierung einer Steuerreform den Sinn dieser Steuer aushebeln würde.

Es darf festgehalten werden, dass die Steiermark als ehemals strukturschwaches Gebiet im Vergleich zu anderen Bundesländern aus dem Finanzausgleich geringere Mittel erhält. In einem weiteren Schritt wurden nun in der Steiermark durch die

Gemeindezusammenlegungen künstlich Gebietskörperschaften mit mehr als 30.000 Einwohnern geschaffen, was in einem zweiten Schritt - im Rahmen des Finanzausgleichs der Länder - zu Lasten der Stadt Graz gehen wird. Im konkreten Fall würde dies bedeuten, dass die Stadt Graz, die aufgrund des verstärkten Zuzuges und der daraus resultierenden gestiegenen Bautätigkeit vermutlich als einzige Gebietskörperschaft in der Steiermark auch bei derzeitiger Rechtslage steigende Einnahmen aus der Grundsteuer zu verzeichnen hätte, diese im Falle der tatsächlichen Umsetzung des derzeit angedachten Reformmodells an den Bund weiterzuleiten hätte und im Gegenzug aus dem Finanzausgleich in beiden Verteilungsschritten weit weniger Mittel erhalten würde, als sie tatsächlich aus der Grundsteuer einnimmt. Ein urbaner Ballungsraum, der für sein Wachstum auch die nötige Infrastruktur bereitstellen muss, der manchmal auch zu Lasten der Lebensqualität seiner Bewohner im städtischen Bereich Nachverdichtungen verordnen muss, sollte wenigstens die aus diesem Umstand lukrierten Steuermittel uneingeschränkt zur eigenen Aufgabenbewältigung verwenden dürfen. Eine Gegenrechnung im Rahmen des Finanzausgleichs erscheint daher als grobe Benachteiligung unserer Stadt.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten in allen Gremien und Stellen, in die er durch die Stadt Graz entsandt wurde, die Bedenken der Stadt Graz zu den Plänen des Bundes, die Einnahmen aus der Grundsteuer über den Finanzausgleich gegenzurechnen, zu deponieren. Insbesondere wird Herr Bürgermeister Mag. Nagl ersucht, darauf hinzuweisen, dass

ein urbaner Ballungsraum, wie es die Stadt Graz ist, zur Bewältigung seiner Aufgaben die vollen Einnahmen aus der Grundsteuer beziehungsweise aus einer etwaigen Erhöhung derselben benötigt. Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird ferner höflich gebeten, hierbei nach eigener Maßgabe und im Rahmen der eigenen Beurteilung seiner Möglichkeiten vorzugehen. Der Gemeinderat ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Nagl aber höflich, im Falle des Bekanntwerdens allfälliger Reformbeschlüsse oder Reformpläne, diese dem Gemeinderat alsbald zur Kenntnis zu bringen, um gegebenenfalls noch Handlungsspielraum - so bescheiden dieser auch sein mag - zu haben.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Christopher! Ja, beim Zuhören war ich mir nicht ganz sicher, wer der Antragsteller ist, ob das wirklich du bist, so wie es am Antrag oben steht oder ob das der [REDACTED] ist, denn wenn man sich das anschaut, was da in der Zeitung steht, dann ist es nämlich genau 1 : 1 abgeschrieben, was aber nicht schlecht ist, muss man schon auch dazusagen. Also es ist schon ok. Eigentlich hätte müssen der [REDACTED] dastehen und die Grundsteuerreform uns mitteilen. Christopher, es wäre fairer gewesen, wenn du gesagt hättest, also ich habe da was entdeckt und das bringe ich euch zur Kenntnis und das hätte uns gefallen. Aber nichtsdestotrotz wir werden deinem Antrag natürlich zustimmen. Sagen kann man nur dazu, ja, ist so, die Grundsteuer ist eine Geschichte, die wir natürlich in den Gemeinden haben wollen und die soll auch bei uns bleiben und da gibt es eigentlich nichts dagegen einzuwenden. Aber wie gesagt, Abschreibübung der Sonderklasse. Danke vielmals, Christopher, du hast sinnerfassend gelesen und uns das mitgeteilt. Danke dir (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl**: Ich denke wohl, dass das ein einstimmiger Beschluss wird oder zumindest vielleicht eine breite Zustimmung bringen wird. Danke auch für deine Wortmeldung, die war vielleicht entbehrlich, aber es freut mich unterm Strich, dass nicht nur du, sondern deine Fraktion zustimmen wird. Natürlich von der Pressekonferenz, ich muss jetzt noch einmal auf die Pressekonferenz vom Nagl zurückgehen, wo er gesagt hat, aber jetzt beginnt er, sich wirklich ins Zeug zu hauen beim Finanzausgleich, bei den Verhandlungen, wir glauben halt nur nicht so dran. Deshalb wollen wir schauen, dass die Grundsteuer zumindest einmal da bleibt, dass man da nicht auf sein Verhandlungsgeschick vertrauen müssen, wo wir glauben, dass man den Kürzeren ziehen können eventuell. Danke für die Annahme (*Applaus FPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

## **5) Good News? – Inserat der Erber-Gruppe**

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Herr Bürgermeister ist ja gerade nicht anwesend, aber man wird ihm sicher das ausrichten. Der diesem Antrag zugrunde liegende Sachverhalt ist schnell erklärt. In der Ausgabe 1 der Postille „Good News“ ist auf der letzten Seite ein ganzseitiges Inserat der Erber-Gruppe platziert. Was auf den ersten Blick geradezu alltäglich anmutet, gewinnt – macht man sich die Mühe, es auch inhaltlich zu durchforsten – zunehmend an

Brisanz. Das Vorwort stammt vom Herrn Bürgermeister, sodann folgen einige von fremder Feder geschriebene und der Klubobfrau in den Mund gelegte Ausführungen, und im Folgenden erweckt die Zeitung den Anschein, als seien Fortschritt, Stadtentwicklung und vor allem die Entwicklung der Reininghausgründe alleine in der Hand der ÖVP. Auf drei weiteren Seiten sind dann ÖVP-Gemeinderäte abgebildet. Kurzum, das Blatt ist eine ÖVP-Werbung in bestem Babel-Stil. Wahrscheinlich nur zufällig verbirgt sich das Impressum auf der dunkelsten Seite dieser Ausgabe in geradezu verschämt kleiner Schrift und offenbart dann den tatsächlich verantwortlichen Personenkreis.

„Ein Informationsmedium des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs“ steht da zu lesen. Nicht also die ÖVP als Stadtparteiorganisation, sondern tatsächlich der Gemeinderatsclub, als eine im Magistrat Graz eingebettete Rechtspersönlichkeit, firmiert als verantwortlicher Herausgeber. Nun ist also festzuhalten, dass die Gemeinderatsclubs im Statut der Stadt Graz klare Regelung erfahren und im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgaben eine Rechtspersönlichkeit besitzen. Ferner sind die einzelnen Mitglieder von Gemeinderatsclubs, die einzelnen Gemeinderäte also, Bestandteil des Grazer Gemeinderates. Bezeichnenderweise stimmt dieses Kollegialorgan über Stadtentwicklungskonzepte, Flächenwidmungspläne und zuletzt auch über Bebauungspläne ab, haben wir heute auch schon gemacht, deshalb ist eine gewisse wirtschaftliche Distanz zu Investoren mehr als angebracht. Ebenfalls erwähnenswert ist der Umstand, dass nach einer Änderung des Statutes der Landeshauptstadt Graz nunmehr auch die Stadtsenatsreferenten - und somit auch der Bürgermeister - Mitglieder der Clubs ihrer Gemeinderatsparteien sein können. Bedenkt man den Umstand, dass sämtliche Verordnungswerke, bevor sie uns im Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt werden, in den zuständigen Ämtern, für die größtenteils der Herr Bürgermeister verantwortlich zeichnet, ausgearbeitet werden, so erscheint gerade die Forderung nach Unabhängigkeit und Distanz geradezu unabdingbar.

Ich halte fest, der konkrete Vorfall hat aus Sicht des freiheitlichen Gemeinderatsklubs eine verheerende politische Optik erzeugt, vor allem weil mit einer ungenierten Selbstverständlichkeit darüber hinweggegangen wurde. Ich aber halte es für hinterfragenswert, wenn in einem Klubmedium des größten Gemeinderatsklubs unserer Stadt, der zudem auch die Bürgermeisterpartei repräsentiert, ein sogenannter großer Spieler im Bereich der Immobilienentwicklung unserer Stadt inseriert. Gewiss nur Zufall ist in diesem Bereich der Slogan der Erber-Gruppe „Alles in einer Hand“.

Dennoch stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden mit der Beantwortung folgender Fragestellungen befasst:

1. Ist es aus rechtlicher Sicht grundsätzlich unbedenklich, wenn Gemeinderatsklubs, die nicht zuletzt aus dem Titel der Klubförderung wesentliche finanzielle Mittel erhalten, zusätzlich noch Geldmittel aus Inseraten in ihren Klubmedien lukrieren?
2. Wie ist im Kontext der vorherigen Beantwortung, also von der Frage 1, der konkrete Fall zu beurteilen?

Der Gemeinderat ersucht die zuständigen Stellen, bei der Beantwortung der Fragen besonders darauf Bezug zu nehmen, ob aus der Annahme eines Inserates beziehungsweise ob aus gegenständlichem Vorfall eine Befangenheit im Sinne folgender gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen begründet werden kann.

Betroffen sind da § 7 AVG, §§ 8, 42 und 62 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat iVm § 68 Statut der Landeshauptstadt Graz, § 8 der Geschäftsordnung für den Stadtsenat ebenso iVm § 68 Statut der Landeshauptstadt Graz.

Die zuständigen Stellen werden ersucht, nach eigener Beurteilung auch die in Frage kommende Aufsichtsbehörde um eine Beurteilung des Sachverhalts zu bitten. Ein hieraus resultierender Bericht möge dem Gemeinderat im Laufe des kommenden Geschäftsjahres vorgelegt werden (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Kollege Lohr, scheinbar kein großes Vertrauen in den „Uhrturm“, dass jemand was liest, weil ihr habt das ja schon in eurer Zeitung unter Rathausgeflüster das Gleiche geschrieben und die gleichen Unterstellungen. Vorweg das „Good News“ ist ein Teil unserer Bezirkszeitungen und kein eigenes Medium des Clubs, deshalb ist es auch sehr ungeschickt gewesen, da überhaupt da irgendwas draufzudrucken, das war ein Fehler, gebe ich zu. Nichtsdestotrotz, das sage ich jetzt auch gleich vorweg, werden wir diese Überprüfung in Punkt 1 auch gerne durchführen lassen oder wollen uns das auch anschauen, weil wir auch Sicherheit haben wollen, wie das jetzt genau ist mit Inseraten in Bezug auf Aktivitäten die der Klub machen würde. Der „Uhrturm“ im Übrigen ist ja auch, wenn ich das vorne lese, Zeitung der FPÖ Graz und des FPÖ-Gemeinderatsklubs, ist ja auch nicht ganz klar, wer das jetzt wirklich ist, die FPÖ oder der Klub, weil ihr solchen großen Wert auf dieser Unterscheidung legt. Dies de facto, weil wir alle in beiden meistens sind, ja das ist ein guter Hinweis, es gibt einen Unterschied zwischen den beiden Zeitungen. Erstens, weil wir versuchen, unsere Zeitung nicht nur aus Steuermitteln zu finanzieren, sondern Inserate aufzutreiben, damit unsere Bezirkszeitungen entsprechend unter die Leute kommen und zweitens, weil wir uns bemühen, in unseren Zeitungen etwas vom lebenswerten Graz und von dem chancenreichen Graz zu vermitteln, und in dem

Fall war das das Thema Bauen und Stadtentwicklung aufgrund der Bevölkerungszunahme von rund 3.000 bis 4.000 und daher war ein Inserat eines Bauunternehmers drinnen, sonst sind Inserate von Friseuren und Ähnlichen drinnen, das ist halt einmal so, dass man, wenn man über Sport schreibt, wird es wahrscheinlich Adidas sein. Wir sind nicht die Besitzer von Reininghaus, das hat ja die Volksbefragung ergeben, die Stadt Graz vergibt dort gar nichts, sondern es ist ein Privater und es gibt Private, die dort auch etwas unternehmen und wenn wir darauf aufmerksam machen, dass es eine große Chance für Graz ist, dass so jemand auch inseriert, ist ja nicht sehr verwunderlich. Dass wir uns wegen 2.000/3.000 Euro da irgendwie unsere Stimmen oder irgendwas erkaufen lassen bei der Genauigkeit, mit der wir da dahinter sind, dass auch die Vorgaben eingehalten werden, das möchte ich wirklich zurückweisen. Eine Nein-Sager-Partei hat eine Nein-Sager-Zeitung, das ist ganz klar, weil wenn man eure anschaut, die nur aus Steuermitteln finanziert ist, dann ist sie ja in der Regel ein Hort der Unhöflichkeit und Unterstellung, wie auch im vorliegenden Fall und gleichzeitig, wenn es um die Stadtentwicklung geht, das hast du selber geschrieben, fällt euch ja zu Graz nur ein der Schatten vor Graz. Also bei euch ist Graz die Stadt der Diebe, eine Stadt des Fürchtens, eine Stadt der Verunsicherung, einfach eine Stadt, über der nur der Schatten liegt und das wird von euch ausschließlich aus Steuermitteln finanziert. Und wenn wir was Positives beitragen wollen und die Leute da informieren wollen, zu sagen, es ist eine Sauerei, dass ihr das nicht nur aus Steuermitteln macht, sondern dass ihr auch Inserate versucht aufzutreiben für eine Zeitung, das möchte ich erstens einmal scharf zurückweisen und ich halte es auch für eine grobe Unterstellung. Jedenfalls, damit das auch klar ist, es geht uns auch darum zu klären, wie schaut es aus mit Inseraten, sofern sie auch der Klub auftreiben würde. In dem Fall noch einmal, das ist ein Teil der Bezirkszeitungen und deshalb werden wir dem Punkt eins zustimmen, der Punkt zwei erübrigt sich, weil der Punkt eins wird eh... Vor allem im Punkt zwei, wir haben großes Vertrauen, dass unsere Beamtenschaft das ordentlich prüfen wird, daher brauchen wir da keine zusätzliche Institution, die angerufen wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Diese Frage beschäftigt seit dieser neuen Klubförderung, denke ich mir, alle Klubs. Wie weit bewegen wir uns hier auf dem richtigen Weg? Für uns ist klar, wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen und auch dem Inhalt, denn Thomas, ich möchte hier schon sagen, also Inserate ok, Finanzierung, aber ich denke, die Gruppe Erber ist einer der größten Investoren im Reininghausgebiet und...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Ja, aber es ist, ich denke es ist gut zu prüfen, einfach wirklich um selber sicher zu sein. Es gibt Abhängigkeiten, es werden Bebauungspläne beschlossen, der Gemeinderat ist einfach hat sehr viel Macht in dieser Frage und ich glaube, dass man das hier schon prüfen sollte, wie weit das jetzt wirklich ok ist. Wir wissen alle, dass es eine Antikorruptionsrichtlinie gibt, alle Beamten der Stadt müssen das, ich selber habe das müssen unterschreiben und da geht es um wesentlich geringere Sachen und aus dem Grund denke ich mir, ist es einfach wichtig, dass hier wirklich Klarheit besteht. Aus diesem Grund werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Erstmals danke für den Antrag. Ich glaube, das ist nicht nur euch aufgefallen, das ist allgemein aufgefallen, dass es ein bisschen ein schiefes Bild einfach gibt und einfach nicht klar ist. Und da ist mir jetzt ein Spruch eingefallen dazu und der heißt: „Transparenz schafft Akzeptanz“. Und da geht es im Endeffekt darum,

wenn einfach etwas klar erklärt ist und wenn Dinge einfach klar sind und transparent sind, dann werden sie von den Menschen verstanden. Das heißt, dass die Bürgerinnen und Bürger einfach verstehen, für was werden die Gelder, ihre Gelder, da von uns verwendet. Das heißt Klubförderung, Parteienförderung und wo fließt das Geld hin, wie wird das verwendet? Wir haben diesen nicht so positiven Anlassfall und diesen dringlichen Antrag dazu genutzt, auch einen Zusatzantrag zu diesem Thema zu verfassen, weil uns ganz einfach wichtig ist, dass allgemein in Graz etwas geschaffen wird und zwar Richtlinien für die transparente Darstellung der Partei und Klubfinanzen, weil wie vorher erwähnt worden ist, es gibt eine Klubförderung, es gibt eine doppelte Wirtschaftsprüfung von der Klubförderung, aber es gibt eigentlich zum Beispiel auch keine Sanktionen, wenn das nicht durchgeführt wird. Es ist komplett unklar, wie die Sachen verwendet werden sollen. Deswegen haben wir den Zusatzantrag, dass eine dementsprechende Richtlinie von den zuständigen Abteilungen erarbeitet wird und ein Beschlussstück vorbereitet wird, worin es geht, dass die Finanzen der Parteien sowie Unter- und Vorfeldorganisationen sämtliche Einnahmen, Ausgaben, Unternehmensbeteiligungen und dergleichen veröffentlicht werden, damit die Bürgerinnen und Bürger die zweckmäßige Verwendung der Steuergelder nachvollziehen können. In dieser Richtlinie sollen auch Sanktionen bei Nichterfüllung festgelegt werden, das heißt, wie zum Beispiel, so ein Vorschlag, den ich jetzt auch nur übernommen habe, ist auch nicht meine Idee gewesen, aber es ist eine gute Idee gewesen, ich glaube, er kam von den Grünen, möglicherweise Reduktion der Parteien- oder Klubförderung. Dankeschön.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ein bisschen erstaunt bin ich, ein bisschen überrascht, manches klärt sich. Was will ich damit sagen? Als Erstes, was mir auffällt, die KPÖ, die ja sonst immer so stark auch bei der Klubförderung dagegen geredet hat gegen diese Erhöhungen, eigentlich Verdoppelungen, da können wir genau darüber diskutieren,

wenn wir wollen. Jetzt haben Sie sich schon so daran gewöhnt, dass nur mehr drei Prozent Kürzung braucht für ein Budget, aber das ist nicht Sache hier (*Applaus Grüne*).

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich habe Zeitungsmeldungen gelesen. Aber ist wurscht. Das andere ist, wenn ich mir das anschau, wie hier FPÖ und ÖVP kommunizieren über diese Dinge, da denke ich mir, ok, das sind die Parteien, die gemeinsam das gültige Budget beschlossen haben, da braucht man sich nicht wundern, wenn Graz so einen Stillstand und nichts weitergeht, wie es derzeit ist. Aber wenn das Zusammenarbeit sein soll, wenn das die tragenden Parteien der Stadt sind, dann wissen wir, warum hier nichts weitergeht. Aber eigentlich geht es um was anderes, eigentlich geht es ja um ein Inserat, was, wie der Philip Pacanda richtig gesagt hat, sicher einen ganz eigenartigen Eindruck hinterlässt, aber das ist ja insofern nicht neu, weil Transparenz, der Philip hat das eh erwähnt, hatten wir schon öfter gefordert. Jetzt stellt die FPÖ hier einen dringlichen Antrag, wo sie sagt, man soll da genauer hinschauen und das prüfen. Erstens einmal muss ich sagen, das wird gar nicht so einfach sein, weil keiner in die Parteikassen hineinschauen darf. Warum darf das niemand? Das hatten wir doch schon öfter gefordert, sie kennen meine Anträge, stelle ihn heute nicht noch einmal, aber die Anträge nach Transparenz waren ja öfter und wurden hier immer auch von der FPÖ abgelehnt. Begründung, es passt ja eh alles, zum Beispiel wörtliches Zitat aus der Gemeinderat vom September 2013 vom Herrn Sippel: „Die ÖVP ladet eh Journalisten ein, die die Ordner durchschauen und die haben das immer auch gesagt, was mit dem Geld passiert“ usw. Dann noch besser, ein paar Zeilen weiter: „Mit der

Subventionsordnung neu haben wir Transparenz geschaffen“, ist das die FPÖ die jetzt kommt und jammert? Zu Recht jammert, dass sich hier was ändern muss. Also dringlich wäre es schon lange gewesen, inhaltlich sage ich nachher noch was, aber die Geschichte ist schon interessant. Die Parteien, die sich massiv aufregen, dass es Transparenz gibt, kommen jetzt wieder miteinander ins Hackeln, weil hier Inserate geflossen sind, die ich so nicht beurteilen kann, aber eigenartig ist es schon. Besonders eigenartig ist es, wenn niemand sagt, wieviel denn bezahlt wurde, sind wir ehrlich, es geht doch um die Höhe, weil das Inserat ist, wie jedes andere, sei es drum, machert ich nicht, ist ungeschickt, aber in dem Sinne nicht verwerflich. Wenn da ein bisschen mehr oder viel mehr Geld geflossen ist, dann müssen wir das schon noch einmal genauer anschauen. In diesem Sinne wir unterstützen jedenfalls die Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein bisschen verwundert bin ich schon, wenn ich der Debatte lausche. Also den ganzen Nachmittag eigentlich schon der Debatte lausche. Da gibt es Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, die sich nicht mit der Geschäftsordnung befassen, dann gibt es Anträge, die vorliegen und Wortmeldungen dazu, die sich dann über Budgetpolitik auslassen. Also ich finde schon, wenn Leute sozusagen hier in den Besucherrängen sind, die sich nicht so intensiv mit der Politik und manches Mal auch mit parteipolitischen Motivationen auseinandersetzen, können sie sich nur wundern, wie wenig wir in der Lage sind, hier herinnen zu einem Antrag, zu einer Sache zu sprechen und auch beim Thema zu bleiben. Ich möchte das einmal grundsätzlich feststellen.

Zum Antrag selbst möchte ich sagen, ja, es ist mit der neuen Klubförderung auch notwendig geworden, genau hinzuschauen, was kann mit dieser Klubförderung getan werden, was sollte damit getan werden, was nicht. Der konkrete Anlassfall ist, wenn

man es politisch betrachtet, wenig angenehm, braucht eine intensive Auseinandersetzung und auch eine Diskussion, aber das ist nicht Gegenstand dieses Antrages, sondern da geht es darum, und das ist für uns als Sozialdemokratie auch wichtig festgehalten zu haben, es geht darum, die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen, ob ein Inserat in einer Postille des Gemeinderatsklubs zulässig ist oder nicht, ob es Befangenheiten gibt oder nicht. Und ich denke, es tut uns allen gut, wenn wir diese rechtliche Grundlage haben, damit wir wissen, wie wir hier vorzugehen haben. Deshalb ja, diesem Punkt werden wir gerne zustimmen, der Punkt zwei, der hier angelegt ist, ob dann der konkrete Fall zu beurteilen ist, na selbstverständlich ist er implizit in der ersten Fragestellung enthalten, denn wenn es rechtlich zulässig ist, beantwortet sich die Frage, wenn es rechtlich nicht zulässig ist, beantwortet sich die Frage auch und ist entsprechend zu prüfen und dann möchte ich eines sagen, wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben höchstes Vertrauen in die hervorragende Arbeit und in die Expertise unserer Juristinnen und Juristen hier im Magistrat Graz und sind deshalb davon überzeugt, dass wir hier eine gute Stellungnahme erhalten werden und dass wir keine Aufsichtsbehörde zu dieser Beurteilung brauchen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Ich fange beim Kollegen Rajakovics an. Also einerseits freut es mich natürlich, dass er unseren „Uhrturm“ hier herinnen bewirbt, das ist dankenswerterweise eine schöne Geste, sieht, dass nicht nur die Bürger draußen das lesen, sondern auch die anderen Parteien. Und man sieht, du hast ihn auch sehr genau studiert und immer, das ist immer bei der ÖVP, heute ist ja der Bürgermeister nicht da, jetzt hast du diese Rolle übernommen, wenn man euch auf die Füße tritt, wenn ihr euch ertappt fühlt, dann wird natürlich sofort abgelenkt, dann wird auf die bösen Verhetzer, auf die Freiheitlichen gezeigt, also bitte bleiben wir beim Antrag und bei der Sache selbst. Im Teil zwei hast du ja selber schon zugegeben, dass

Impressum, hast du gesagt, war falsch, darum ist schon einmal wichtig, dass wir den Antrag gestellt haben und das auch aufgeklärt wird.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Du hättest mich auch fragen können. Wir sehen uns öfter.***

GR. Ing. **Lohr**: Es ist für die Bürger draußen auch aufzuklären, warum es zu diesen Inseraten gekommen ist. Und ich will das auch noch einmal ausführen, es geht da gar nicht so um den wirtschaftlichen Hintergrund, weil das wird eh durch den Stadtrechnungshof geprüft. Ich nehme an, für dieses Inserat wird es dann eine Rechnung geben und als Einnahme verbucht sein. Um das geht es gar nicht in erster Linie, wir wollen hier herinnen wirklich einmal die rechtliche Situation geprüft und entschieden wissen, weil es eben, und das ist ja ausgeführt worden, das macht schon die Optik einer Befangenheit, wenn das und das ist eben ein Bauunternehmer und nicht der kleine Friseur ums Eck, der dann in der größten ÖVP-Zeitung wirbt und du hast es ja auch noch angesprochen Steuergelder. Ja sicher wird auch unsere Zeitung aus Steuergeld bezahlt, aber das schaut dann ganz anders aus, als wenn man die ÖVP-Hochglanzbroschüren, die dann gerade im Wahlkampf auf alle täglich hereinfliegen. Also da nehmen wir uns auch heraus, dass wir die Bürger informieren. Denn anderen Parteien bin ich dankbar, dass sie der Dringlichkeit zustimmen und sage einmal danke für die Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Ich kann Dringlichkeit und Inhalt unterscheiden. Du wolltest da ja zum Inhalt hören und es wird auch gut sein, weil ich glaube, das ist ein bisschen eine halbherzige Geschichte, die hier stattfindet. Erstens freue ich mich einmal, dass wir es geschafft haben, das einmal für dringlich zu erklären. Anderen Anträgen war dieses Glück ja nicht beschert, aber zum Inhalt noch. Irgendwie ist es eine halbe Geschichte, es ist total gut, dass man hinschaut, ob es möglich ist oder nicht, dass das geprüft wird, wir brauchen diese Richtlinie, volles d'accord, da bin ich ganz dabei. Aber, es darf im Moment niemand nachfragen, wie hoch dieser Preis für das Inserat war, weil SPÖ, FPÖ und ÖVP dafür gesorgt haben, dass niemand in diese Klubfinanzen reinschauen darf. Das ist ja völlig sinnlos, das ist eine völlig abstrakte, das können wir in der Uni vergeben, Leute das können wir als wissenschaftliche Arbeit vergeben, aber ohne, dass man das sieht, wie viel das Inserat auch ausmacht und wie viel Geld da geflossen ist. Also eine transparente Parteikasse wäre das Einzige, was irgendwas erklären kann, dann kann sich jeder selber ein Gefühl machen, passt das oder passt das nicht. Das ist eine wissenschaftliche Abhandlung, mit der wir nicht weiterkommen werden, solange die Parteikassen nicht geöffnet werden. Solange hier nicht Transparenz herrscht, ist das zwar ein erster wichtiger Schritt, aber es wird nicht viel bringen, deswegen bitte nachdenken, falls wieder einmal ein Antrag kommt über gläserne Parteikassen, das sorgt dafür, dass hier falsche Anschuldigungen entstehen. Weil was wir jetzt wieder haben, ist eine implizite Anschuldigung über Dinge, über die wir alle nichts wissen. Keine weiß, was hier passiert ist und keiner darf es erfahren, dank mancher Parteien, die auf diese Verschwiegenheit größten Wert legen. Danke (*Applaus Grüne*).

***Der Punkt 1. des Antrages wurde einstimmig angenommen.***

***Der Punkt 2. des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.***

***Zusatzantrag der Piratenpartei wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.***

## **6) Einrichtung einer interdisziplinären Denkfabrik in Reininghaus**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Titel „OPEN Reininghaus – in welcher Stadt wollen wir leben?“ fand am 21. September des Jahres ein interdisziplinärer Kulturdialog statt. Wie groß das Interesse an der Entwicklung von Reininghaus und die Bereitschaft, sich aktiv einzubringen, sind, zeigte dort die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. 120 Personen, und zwar natürlich Kulturschaffende, aber auch AnrainerInnen, interessierte StadtbewohnerInnen aus anderen Stadtteilen, PlanerInnen beteiligten sich an dieser Veranstaltung, deren Ziel es war, das Entwicklungsprojekt Reininghaus aus vielfältiger Perspektive – unter anderem auch aus der Perspektive von Kunst und Kultur – zu begehen, im Rahmen von Spaziergängen das zu betrachten, das tut man dabei natürlich auch und zu denken und dann zu diskutieren.

Die Entwicklung dieses neuen Stadtteiles darf nicht einfach nur zugelassen werden, sie muss aktiv gestaltet werden und das unter Einbeziehung von Gesellschaft und Kultur. Diese Chance zu nutzen und nicht verstreichen zu lassen, war ein wesentlicher Appell der TeilnehmerInnen des Kulturdialoges. Viele der TeilnehmerInnen bekundeten ihre Bereitschaft, sich weiterhin aktiv einzubringen und bieten damit

uns, der Stadt, ein großes fachliches und kreatives Potenzial für eine integrative Stadtentwicklung an.

Zu Reininghaus gibt es ja bekanntlich viele Bekenntnisse und Beschlüsse, etwa auch durch dieses Haus, dem Grazer Gemeinderat. Wichtig ist jedoch, dass dieser Prozess nicht alleine von engagierten Stadtplanerinnen und Stadtplanern, von ambitionierten Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplanern, innovativen Eigentümern und Investorinnen und Investoren getragen wird, sondern im Sinne eines interdisziplinären Ansatzes Kunstschaffende, Menschen, die sich mit Städtebau befassen, SoziologInnen und andere engagierte WissenschaftlerInnen, ExpertInnen im Bereich BürgerInnenbeteiligung und Stadtteilarbeit, aber auch interessierte Grazerinnen und Grazer – und hier insbesondere die AnrainerInnen, die im Umfeld des neuen Stadtteils jetzt schon wohnen - einzubinden.

Und wir müssen bei diesem Prozess nicht bei Null beginnen. Der Kulturdialog hat gezeigt, wie groß das Interesse aus den verschiedenen Bereichen und Berufsfeldern an Reininghaus und seiner Entwicklung ist und auch die Bereitschaft, sich aktiv zu beteiligen. Diese Ressourcen, diese Expertise, dieses Angebot, dürfen wir als Stadt Graz nicht einfach liegen lassen.

Reininghaus ist eine Herausforderung, die die beauftragten städtischen Planerinnen und Planer und entwerfenden Architektinnen und Architekten – auch bei größtem Bemühen – alleine nicht werden schultern können.

Im gesamten 57 Hektar umfassenden Reininghausgebiet ist flächig eine gemischte Erdgeschoßnutzung vorgesehen, wie ihr wisst, die es für eine vielfältige – und nicht rein kommerzielle - Nutzung zu gestalten gilt. Darüber hinaus gilt es, Grün- und Freiflächen, öffentliche und halb-öffentliche sowie sogenannte Verkehrsflächen – also den gesamten Bereich außerhalb von Wohn-, Büro- und Handelsflächen – zu befüllen, zu bespielen und – vielleicht sogar ein bisschen – neu zu erfinden.

Aber es geht nicht nur um das Endergebnis, also wie der neue Stadtteil am Ende des Prozesses genutzt wird. Bis dahin werden Jahre vergehen, in denen viele Flächen für eine Zwischennutzung zur Verfügung stehen und die wir in unserer Stadt dringend benötigen. Ideen für Zwischennutzungen wurden schon öfter genannt, beginnend von der Nutzung für Sport, für Urban Gardening, für eine Festwiese, Grillplätze, Radrouten, Fuß- und Raddurchwegung, für künstlerische Projekte, Ateliers, Probenräume und vieles mehr. Das Schlechteste, was passieren kann, ist, dass diese Flächen über diese vielen Jahre ungenützt bleiben. Aber es ist auch nicht zielführend, wenn wir als Stadt ohne Einbeziehung möglicher Nutzerinnen und Nutzer und deren Ideen und Vorstellungen definieren, was auf diesen Flächen passieren soll. Auch hier gilt es, konsequent und aktiv jene Menschen und ihre Kompetenzen einzubeziehen, die sich für die Entwicklung des Reininghaus-Areals engagieren wollen. Nur eine integrative Entwicklung ermöglicht ein vielfältiges Stadtleben und eine Identifikation mit dem neuen Stadtteil und dieser Prozess muss spätestens jetzt begonnen werden.

Die TeilnehmerInnen am Kulturdialog sind zur Erkenntnis gekommen, dass nur dann, wenn ein offener Pool von Expertinnen und Experten, engagierten Menschen die anlaufende Planung, Bebauung und Entwicklung kritisch wie konstruktiv begleiten und hinterfragen können, die Chance besteht, einen neuen lebendigen und zukunftsweisenden Stadtteil zu gewinnen, in dem man gerne wohnen, arbeiten, verweilen - also leben – will. Andernfalls könnte Reininghaus das werden, was niemand von uns wollen kann, nämlich eine Schlafstadt auf der grünen Wiese, [Kollege Haßler](#).

Dieses stark spürbare Engagement, dieses vielfältige und kreative Potenzial, dieses wachsende und erweiterbare Netzwerk braucht zudem eine Verortung und es braucht Raum – in Reininghaus selbst und bei den Zuständigen in der Stadt Graz. Das Labor, das hier entstehen soll, soll so bald wie möglich auch so etwas wie Feldversuche in Reininghaus durchführen, das heißt vielfältigste Variationen des

sozialen und kulturellen Lebens und Miteinanders am freien Feld Reininghaus erproben und mittels temporärer Nutzung der interessierten Grazer Öffentlichkeit anbieten.

In diesem Sinne stellen die Grünen folgenden

### **dringlichen Antrag:**

1. Der zuständige Stadtsenatsreferent Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadtbaudirektion und den weiteren mit Reininghaus intensiv befassten Planungsabteilungen sowie mit der Kulturabteilung – unter Einbeziehung der bisherigen Ergebnisse des Kulturdialogs zu Reininghaus sowie der genannten beteiligten Personen - eine Organisations- und Arbeitsstruktur zu schaffen. Diese soll zum Ziele haben, dass die Zwischennutzung und die dauerhafte spätere Nutzung der öffentlichen und halböffentlichen Räume sowie der Erdgeschoßzonen der zukünftigen Gebäude im gesamten neuen Stadtteil Reininghaus mit möglichst vielfältigem Know-how und fachlich facettenreich beleuchtet, gedacht, experimentiert und schließlich umgesetzt wird.
2. Eingerichtet werden soll ein Pool an Personen aus den Bereichen Kunst und Kultur, aus dem Feld der Soziologie, aus Planung und Architektur, aus Religion und Wissenschaft, aus Stadtteilarbeit und Sozialer Arbeit unter Einbindung vor allem der jungen Generation. Diese Gruppe soll gemeinsam mit den städtischen Abteilungen und den InvestorInnen gleichermaßen in Diskurs und Beratung für die Entwicklung der Erdgeschoßbereiche und der öffentlichen wie der halböffentlichen Räume treten.

3. Ein Konzept für einen festen Ort im Stadtteil Reininghaus, der als offene Denkfabrik für alle, die an einer Mitarbeit interessiert sind, dient und der zugleich auch als Anlaufstelle für die AnwohnerInnen, für spätere NutzerInnen und alle Neugierigen fungieren soll, ist auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ich ersuche um Zustimmung und um ausführliche Diskussion, weil es gibt jetzt schon viele Wortmeldungen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Werte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich bin mit dem Mithören nicht mitgekommen, mit dem Lesen auch relativ schwierig, aber ich habe mich bemüht. Wer da alles eingebunden werden sollte, also das ist schon die halbe Steiermark, wird hier eingeladen, das darf ich einmal einbegleitend einmal sagen. Aber ich möchte jetzt schon wirklich ins Detail kommen, was schon alles in der Vorbereitung für diesen Stadtteil gemacht wird. Es ist ja bekannt, dass unter der Leitung der Stadtbaudirektion wirklich fachübergreifende Abteilungs- und Arbeitsgruppen in den Bereichen Mobilität und Straßenbahn, Stadtplanung, öffentlicher Verkehr, Infrastrukturplanung, ich muss es jetzt wirklich auch herunterlesen, weil es so viele Gruppen gibt, damit ich niemanden vergiss, sowie für den Bereich innovative Förderprojekte formiert, die bereits seit gut einem Jahr tätig sind und insbesondere auch in der ökologischen Begleitplanung, möchte ich durchaus sagen. Ich kenne die Proponenten recht gut und bin auch in Kontakt mit diesen, dass hier schon gut ein Jahr intensiv in diesen Bereichen gearbeitet wird. Ebenso wurde ein Reininghaus-, ist auch bekannt, -koordinator im Bürgermeisteramt eingesetzt, um die städtischen und privaten Interessen zu koordinieren. Eine zusätzliche Arbeitsgruppe ist daher aus der Sicht unserer Fraktion nicht notwendig beziehungsweise nicht dringlich, da ebenso die Überlegungen der Zwischennutzungen des öffentlichen Gutes in den genannten

Arbeitsgruppen bereits (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) thematisiert und schon eigentlich längere Zeit vorbereitet werden. Die Einbindung der unterschiedlichen Akteure erfolgt bereits bei den Veranstaltungen, die ja schon durchgeführt wurden, die unter anderem auch schon in der Vorbereitung zum Rahmenplan, aber auch in den Vorbereitungen des Architekturwettbewerbes in Alt-Reininghaus durchgeführt wurden. Weitere Maßnahmen zur Integration der diversen Interessen sind vorgesehen, die Tätigkeiten vor Ort in einem Stadtteil, wie im vorliegenden Antrag als Denkfabrik formuliert, sind aus der Sicht der Stadtbaudirektion und auch aus unserer Sicht, insbesondere des Leistungsportfolios im Stadtteilmanagement, das die Entwicklung des neu entstehenden Stadtteiles Graz Reininghaus begleiten soll. Ich glaube, gerade das Instrument des Stadtteilmanagements wurde bereits sehr erfolgreich, und wie ich meine, begleitend zur Neugestaltung der Annenstraße eingesetzt, ebenso existiert bereits ein ähnliches Modell in der Begleitung zur Entwicklung der SmartCity entlang der Waagner-Biro-Straße. Unter diesem Vorbild, möchte ich beinahe sagen, wird es ebenso auch beim Graz-Reininghaus-Projekt ein Stadtteilmanagement geben, wo alle eingebunden werden können, die sich dafür interessieren. Ich glaube also, dass der vorliegende Antrag aus der Sicht, aus meiner Sicht und auch aus Sicht unserer Fraktion nicht dringlich ist, da bereits intensivste und zahlreiche Überlegungen und Planungen für die Entwicklung von Graz Reininghaus stattgefunden haben und stattfinden (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Krotzer**: Das, was der Kollege Topf berichtet hat, ist alles sehr erfreulich, dass das schon passiert. Vielen Dank auch an den Kollegen Dreisiebner für diesen Antrag, der durchaus auch seine, wie soll man sagen, Tücken in Sachen bürgernahe Formulierung hat, ich sage es einmal so, aber vom Anliegen ist er von unserer Seite durchaus zu unterstützen. Gerade, was die Zwischennutzung betrifft und was es auch

betrifft, engagierte Menschen dort einzubinden und wir können auch sagen, dass irgendwie für den Bereich der Stadtteilarbeit da durchaus Interesse und Unterstützung gegeben ist. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ich dachte eigentlich, die Fraktion der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ja besonders gedrängt zu haben schien, dass sie sich zu Wort melden darf, bringt sich auch noch ein. Hat sie ja leider auch am 21. September meiner Beobachtung nach, wenn ich wen übersehen habe, tut es mir leid, nicht geschafft, an dem Nachmittag mitzutun, aber gut, das ist nur eine Sache. Zum Kollegen Krotzer, man merkt, du bist Lehrer seit kurzem, wie du selber gesagt hast, ich danke dir für deine Rückmeldung und für deine Benotung. Ansonsten danke für die zustimmenden Worte. Zum Kollegen Topf, ich wäre versucht zu sagen, du warst ja eine Zeit lang nicht da, ich tu das aber nicht, weil ich weiß, dass du die Prozesse beobachtet hast, dass du immer mit dabei warst und immer auf der Höhe der Zeit in diesem Thema. Das klingt alles sehr gut, du hast gesagt, dass die technischen Abteilungen im Bereich der Stadtbaudirektion, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Grünraum usw. alle eingebunden sind und arbeiten. Das ist vollkommen richtig, da stimme ich dir zu, aber der Punkt, auf den wir hinaus wollen und auf den ich hinaus will, der ist, dass es da ein Stückerl weitergehen muss und darüber hinaus greifen könnte und sollte, das ist das Anliegen der Menschen und das ist auch unser Anliegen. Und der beschlossene Rahmenplan und sonstige Grundsatzbeschlüsse, die sind alle voll lieb, nur wenn es in die Umsetzung geht, dann ist es nicht mehr so lieb, dann wird es auf einmal zappenduster. Ich erinnere heute an den Zusatzantrag von mir, nachdem ja jetzt Grünraum, also die Grünflächen und die Verkehrsflächen, ja quasi jetzt grundbücherlich übernehmen werden und in unseren Händen sind, dass man das noch immer nicht aufmachen mag auch dank eurer Ablehnung meines und unseres Zusatzantrages. Die Zwischennutzung ist scheinbar am Weg, das erklärt man

uns Monat für Monat, Jahr für Jahr. Irgendwie weiß ich nicht, was ich davon halten soll, das ist genau die Straßenbahn, die dann nicht ankommt, weil es halt nicht geht mit dem Verkehr im Stau, also mit dem Autoverkehr im Stau. Gut, was ich gehört habe, ihr wollte das, was in der Annenstraße erfolgreich passiert ist, was jetzt in SmartCity auch aufgesetzt ist, auch in Reininghaus anbieten. Wir dachten ein Stück weiter und da gibt es eben, ich habe gesagt 120 Menschen waren dort vor Ort, auch von deiner Fraktion Georg Topf jemand, da gibt es Leute, die wollen das weiterdenken. Von den 120 werden das viele so gesehen haben. Ich nehme zur Kenntnis, dass die ÖVP das hier nicht will, dass wir nicht wie in München Riem oder wie Amsterdam oder auch Mailand mit der Einbeziehung von Menschen aus Wissenschaft, Kunst, Kultur, aus den Sozialberufen usw. aus Religionen heraus an Stadtteilen arbeiten und an Entwicklung von Stadtteilen und Projekten arbeiten, sondern dass man das weiterhin den Technikern und Technikerinnen überlässt. Nichts gegen die Technikerinnen und gegen die Techniker und auch nichts gegen den Herrn Reininghauskoordinator, aber das alles zusammen können die nicht abdecken, was wir da wollen. Vielleicht reden wir noch drüber. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.***

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zum Antrag: Nachdem der Kulturbeirat diesen Tag gestaltet hat, möchte ich noch ein paar Details erwähnen, weil ich es sehr interessant finde, wie die Haltung der ÖVP jetzt gerade ist. Peter Piffli-Percevic war ja einer der sehr engagierten Teilnehmer an dem Tag, wir hatten auch eine Einbindung von der Erber-Gruppe, wir hatten eine Einbindung der Stadtbaudirektion in Form der Stadtplanung. Also es ist nicht so, dass da eine Parallel-Geschichte stattgefunden hat, sondern der Versuch, sehr ernst gemeinte Versuch, ganzheitlicher auf einen Stadtteil hinzuschauen, als es

bis jetzt geschieht. Das ist ein Unterstützungsangebot an die Planenden und kein Konkurrenzangebot und das hat sich an diesem Tag sehr schön gezeigt, dass unterschiedliche Perspektiven bis jetzt zuwenig berücksichtigt werden und der Wunsch, der diesem Antrag innewohnt ist, dass diese Perspektiven eingebunden werden. Das heißt nicht, dass man über den Haufen wirft, was den Rahmenplan angeht, aber dass man ihn endlich mit Fleisch fühlt, weil es gibt einen guten Ausgangspunkt mit dem Rahmenplan, aber wie das jetzt in der Umsetzung weiterverfolgt wird, wie das in der Umsetzung auch begleitet wird, dass am Ende dort keine Retorte steht, sondern am Ende dort auch etwas ist, was lebendig ist und vielleicht von den Menschen schon angenommen wird, bevor es fertig ist, das ist das Ziel davon und das hat man an diesem Nachmittag wunderschön erlebt, dass hier das große Interesse da ist und ich wundere mich wirklich über die Haltung der ÖVP, weil ich mit dem Bürgermeister im Vorfeld gesprochen habe, weil eben, wie gesagt, die ÖVP eine der wenigen Fraktionen war, die aktiv sich auch beteiligt hat in Form von Peter Piffli-Percevic und hoffe, dass ihr vielleicht beim Antrag doch noch mitgehen könnt, weil es, wie gesagt, nichts konterkariert von dem, was läuft, sondern eine Verbreiterung der Blickwinkel ermöglicht und damit das, was immer angekündigt wird, insbesondere auch vom Herrn Bürgermeister immer angekündigt wird, dass das ein ganz besonderer Stadtteil sein soll und um diese Besonderheit geht es und um nicht mehr und nicht weniger (*Applaus Grüne*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

## **7) Verantwortung der Stadt für die Kinder von bettelnden Menschen in Graz**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Werte Zuhörer, liebe KollegInnen! Ich darf euch noch einmal um eure Aufmerksamkeit bitten. Ich habe die Türe aufgemacht, wie ihr merkt, um es ein bisschen kühler hereinzulassen und damit bin ich auch schon ein bisschen beim Thema, nämlich beim kommenden Winter und bei der Verantwortung der Stadt für die Menschen, die im Winter auch in der Stadt leben. Die Armutsmigration bringt es mit sich, dass auch in Graz zunehmend Menschen mit ihren Familien unterzukommen versuchen, vor allem Menschen aus Rumänien auch, wir haben das im letzten Jahr auch gesehen und die einfach hierherkommen, um Arbeit zu finden, um eine Möglichkeit zu finden für ihre Kinder und für sich selbst eine Perspektive im Leben zu haben. Wir haben eine ganz andere Situation als in Deutschland, wo man mit viel größeren Migrationsbewegungen auch ganz stark aus Bulgarien befasst ist, wo man auch ganz andere, schon sehr fortschrittliche Konzepte hat, wo es eine andere Förderstruktur gibt, beispielsweise gibt es auch so etwas wie Kindergeld für Familien, auch wenn sie nicht dort fix wohnen. Es gibt ganz viele Möglichkeiten und trotzdem möchte ich den Fokus auf Graz bringen, weil wir reden hier nicht von tausenden Bettlern und Bettlerinnen, ArmutsmigrantInnen, sondern wir reden von einer überschaubaren Zahl und ich würde sehr an den Gemeinderat plädieren und an die Stadtregierung plädieren, für diese überschaubare Zahl stärker in die Verantwortung zu gehen. Ich sage damit nicht, dass nichts passiert. Es ist für das heurige Jahr, was sehr erfreulich ist, eine Notschlafstelle in Vorbereitung der Caritas, soviel ich weiß, sollen dort auch Familien unterkommen, soviel ich weiß, sollen auch die Familien dort die Möglichkeit haben, sich über dem Tag dort aufzuhalten. Die Intention meines Antrages, unseres Antrages wäre es, ganz stark den Fokus auf die Kinder zu richten, die hier sind. Letztes Jahr wurde auch Pfarrer Pucher, auch von dir, Martina, unterstützt dabei, ein Mädchen in der Schule unterzubringen. Es waren insgesamt 45 bis 50 Kinder im letzten Jahr in Graz. Wir dürfen heuer mit ähnlichen Zahlen rechnen und wir sollten davon weggehen zu glauben, dass klassische Schulkarrieren die Antwort sind. Aber es muss so etwas wie eine Antwort in die

Richtung einer Perspektivenermöglichung geben, ich weiß auch, dass es dein Ansatz ist, Martina, in erster Linie zu schauen, die Kinder, die schulpflichtig in Graz sind, in ihren Familien, in ihren Herkunftsländern in die Schule zu bringen und ich halte das für den richtigen Ansatz. Es ist aber auch so, dass europäische Integration zum Großteil dort gelingt, wo die Menschen sind, das ist oft in den Kommunen, und auch wenn es gelingt, die eine oder andere Familie im Herkunftsland in eine gelingende Struktur zu bringen, so ist es doch so, dass einfach Kinder und Jugendliche hier bleiben und hier sind vorübergehend. Wir wissen auch, dass das nicht die klassische Schulkarriere ist bis hin zur Universität, wir wissen, dass es um ganz was anderes geht, es geht darum, Perspektiven zu ermöglichen. Eine Idee von Bildung, Ausbildung zu geben, eine Idee von einer Hoffnungsperspektive zu geben und wenn das nur bei einem Kind gelingt, dann ist es bei einem Kind gelungen und wenn es uns gelingt bei mehreren Kindern, dann ist es uns als Stadt sehr viel gelungen und in diese Richtung würde auch mein Appell gehen und geht auch unser

### **dringlicher Antrag,**

der wie folgt lautet: Der Bürgermeister der Stadt Graz möge unter seiner Leitung zu einem Netzwerktreffen der VerantwortungsträgerInnen einladen, in dem insbesondere die Situation von Kindern von ArmutsmigrantInnen beleuchtet werden soll. Zu diesem Treffen sind sowohl die mit dem Thema zu befassenden Stadtsenatsmitglieder, Zuständige für Integration und Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Soziales, Wohnen, Gesundheit sowie die zuständigen AmtsleiterInnen einzuladen. Weiters soll der Arbeitskreis des Menschenrechtsbeirates, der zu diesem Thema ja schon arbeitet, aber die Bitte wäre, dass der hinzugeholt wird und nicht umgekehrt einladet, weil es einfach ein Stärkemoment wäre, zu diesem Thema hinzugezogen werden, sowie die VertreterInnen der Hilfsorganisationen, die zum Teil auch in diesem Arbeitskreis vorhanden sind. Ziel ist es, im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten zu prüfen, welche Maßnahmen für die in Graz anwesenden Familien

– mit besonderem Fokus auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien - getroffen werden können. Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Kahr** zur Dringlichkeit: Liebe Astrid, danke für den Dringlichkeitsantrag, der, ob man möchte oder nicht, tatsächlich zur Dringlichkeit werden kann, deshalb ist die Intention, die dahintersteckt im Antrag, vollkommen richtig. Als Wohnungsstadträtin halte ich regelmäßig Kontakt persönlich und auch vor Ort mit den Wohnungsloseneinrichtungen, wir haben genau zu dem Thema unter anderem auch vor einem Monat schon, am 1. September, weil wir das ja auch rechtzeitig machen müssen vor der einbrechenden Kälte. Und es kann sein, dass es darüber hinaus sogar notwendig sein wird, es kann auch österreichische Familien von Wohnungslosigkeit betroffen werden, die wir vielleicht nicht in der Lage sein werden aufzufangen in Wohnungsloseneinrichtungen. Auf jeden Fall muss man sich zusammensetzen und Überlegungen anstellen, wenn es soweit kommt, was man in welcher konkreten Situation, wie man dann agiert, und finde es auch gut, dass du uns da angesprochen hast, wir arbeiten da selbstverständlich gerne mit und es ist eigentlich notwendig, sehr bald anzugehen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Kaufmann**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Astrid! Ich bin verwundert, weil es gibt diesen Arbeitskreis schon vom Herrn Bürgermeister unter der Federführung vom Menschenrechtsbeirat und der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus, hat bereits getagt, auch mit den SprecherInnen der jeweiligen Fraktionen. Das nächste Mal wird er auch tagen am 28.10. Beim letzten Mal waren 25 Personen mit dabei. Ziel ist es, dass diese Strategie und ein Katalog mit konkreten Maßnahmen noch ausgearbeitet werden, also diesen

Arbeitskreis gibt es bereits und es ist auch gut so und daran wird auch weiter gearbeitet. Du hast das auch teilweise miteinfließen lassen und genau aus diesem Grund ist es aber auch nicht dringlich zu sehen, weil ja bereits daran gearbeitet wird, damit es diese konkreten Maßnahmen gibt (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Ja, für Kinder ist es sehr wichtig, dass sie in geregelten Verhältnissen aufwachsen. Dass gewisse Grundbedürfnisse abgedeckt sind, ist ebenso sehr wichtig. Wenn man aber etwas wie Betteln zulässt, dann hat das auch Folgen und leider auch für diese Kinder. Zum Beispiel in Rumänien gibt es eine Schulpflicht eine neunjährige, es gibt sehr viele öffentliche und private Schulen und ich sehe da keinen Bedarf, dass die Stadt Graz da eine Verantwortung übernehmen muss (*Applaus FPÖ*), denn die Verantwortung über die Kinder haben erstens einmal die Eltern und wenn die dem nicht nachkommen können, dann wird als Zweites der Staat zur Hilfe kommen. Das sollte aber der Herkunftsstaat sein, der auch die Bildung im Heimatland zur Verfügung stellt. Deswegen ist dieser Antrag für uns auf keinen Fall dringlich. Sollten die Eltern aber dieser Verpflichtung nicht nachkommen können, stellt sich die Frage, ob nicht von Amtswegen her eine Abnahme der Kinder erforderlich sein wird, das wäre aus unsere Sicht zu überdenken. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> **Schröck**: Wenn jetzt niemand mehr zur Dringlichkeit das Wort wünscht, dann möchte ich jetzt kurz zu diesem dringlichen Antrag aus Sicht der Sozialdemokratie Stellung nehmen. Liebe Astrid, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, nicht, weil wir nicht der Meinung sind, dass dieses Thema eines ist, das uns kalt lässt oder nicht dringlich ist, aber der Inhalt deines Antrages ist nicht

dringlich, denn es ist schon bereits im letzten Jahr im November ein Runder Tisch, hat ein Runder Tisch stattgefunden hier im Rathaus, den ich als Sozialstadträtin und auch als Kinder- und Jugendstadträtin initiiert habe, wo Vertreterinnen und Vertreter aus Rumänien, Bulgarien, aus anderen österreichischen Städten hier waren, der Herr Tscheipeck aus Wien, der die Drehscheibe koordiniert und vor allem auch alle Hilfsorganisationen, die hier vor Ort in Graz mit diesem Thema befasst sind. Insbesondere, du hast ihn erwähnt, der Wolfgang Pucher und natürlich auch Vertreterinnen und Vertreter der Caritas. Wir sind aus dieser Arbeitssitzung so herausgegangen, dass wir einen Notfallplan entwickelt haben oder einen Hilfsplan entwickelt haben gemeinsam mit der Sozialarbeit aus dem A 5 beziehungsweise auch mit dem Jugendamt in enger Abstimmung, und dieser Hilfsplan der gilt jetzt und der wird auch den Familien entsprechend kommuniziert. Also insofern, denke ich, brauchen wir nicht noch einen dritten Arbeitskreis, wenn es sozusagen die Ergebnisse von dem Arbeitskreis letzten November bereits gibt, wenn auch der Herr Bürgermeister an diesem Thema dran ist. Ich sehe jetzt keine Notwendigkeit, noch eine dritte Variante da zu machen, ich glaube, es ist wichtig, das man was tut und nicht noch bei einer weiteren Runde drüber spricht und was die Meldung von der Frau Kollegin Schönbacher betrifft: Frau Kollegin, wir haben hier eine Unterrichtspflicht und keine Schulpflicht, natürlich ist das Jugendamt dran zu schauen, ob es eine Kindeswohlgefährdung gibt und wenn es diese Kindeswohlgefährdung gibt, wobei ich dazusage, das ist noch nie der Fall gewesen in den letzten beiden oder in den letzten eineinhalb Jahren, die ich verantworten darf im Jugendamt, dann werden die Kinder selbstverständlich abgenommen. Das ist aber nicht so einfach, man kann nicht sagen, die müssen jetzt in die Schule gehen, es gibt in Österreich eine Unterrichtspflicht und keine Schulpflicht und das ist ein maßgeblicher Unterschied.

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Zunächst einmal herzlichen Dank an Elke und die Kollegen von der kommunistischen Partei für die Unterstützung. Ich möchte eines noch sagen zu dir, liebe Martina, ich habe den Arbeitskreis extra angeführt im Antrag und ich habe auch immer in der Formulierung vorher gesagt, es geht um die Richtung. Es ist das eine, ob ich einen Arbeitskreis habe, der beim Menschenrechtsbeirat angesiedelt ist oder das andere, wo ressortübergreifend alle mit der Thematik befassten Stadträte/Stadträtinnen sich zusammensetzen und zu sagen, es ist ein Problem von der Gesundheit bis zum Wohnen über die Integration. Wir setzen uns zusammen und schauen, wie wir das angehen. Es ist toll, Martina, dass es diesen Runden Tisch gegeben hat, wir haben dich ja auch sehr dafür gelobt, aber es ist so, es ist ein Kind letztendlich in die Schule gekommen. Es hat meines Wissens keinerlei Kinderbetreuungsangebote darüber hinaus gegeben, es war so, dass es keine Tagesaufenthaltsmöglichkeiten gegeben hat. Das Ziel wäre, wie ich gesagt habe, wir gehen nicht von einem klassischen Integrationsbegriff, von einem klassischen Bildungsbegriff aus, sondern wir gehen davon aus, Anreizmodelle, Anreizmöglichkeiten zu schaffen, Tagesstrukturen zu geben, wir reden von Unterrichtspflicht. Ich habe nicht als Ziel, überall die Kinder in irgendeiner Schule vielleicht für ein paar Wochen unterzubringen, sondern es geht darum, was Neues zu eröffnen. Wir sind in einem sehr intensiven Austausch mit der Caritas, die sehr gut weiß, was es braucht, die in einer Studienreise, die sehr gut dokumentiert ist, auch gesehen hat, was Möglichkeiten in anderen Ländern sind und auch wir sind europäische Union. Darüber hinaus muss ich sagen, ich finde es schade, dass der Kurt Hohensinner sich zu dem Thema nicht zu Wort gemeldet hat, weil ich denke mir immer, auch dich als Integrationsstadtrat, als für die Pflichtschule, für den elementarpädagogischen Bereich Zuständigen müsste dich eigentlich dieser Bereich auch ansprechen, ich würde mir das sehr wünschen, dass du dich hier auch aktiv einbringst oder wir in einer Weise zusammenarbeiten, wenn wir was weiterbringen wollen.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Polz-Watzenig**: Es geht nicht immer nur um Anträge, es geht wirklich darum, gegenüber einer Caritas einmal das Signal zu setzen, da wirklich was zu machen. Und letztendlich auch gegenüber den Freiheitlichen möchte ich schon noch sagen, mir ist völlig bewusst, dass mit dem Anspruch, dass ein europäisches Modell auch dann gelingt, wenn in den Kommunen etwas gelingt, dass Integration dann ankommt, wenn es in den Kommunen quer durch Europa passiert, ihr ein massives Problem habt. Aber ich danke auch sehr dem Robert Krotzer, der zwar jetzt nicht mehr zu Wort kommen konnte, mir aber seine Wortmeldung mitgegeben hat und ich darf noch einmal zur heutigen Fragestunde zurückgehen, wo ihr ja so massiv eingefordert habt, dass die christlichen Feste gefeiert werden, vielleicht solltet ihr euch das Martinifest zum Anlass nehmen mit dem geteilten Mantel, das wäre die korrekte Antwort auf die hiesige Fragestellung. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***